

Streifzüge

Preis: 27,- ATS / 4,- DEM / 2,- Euro

4/1998

Arbeit und Wahn

von Gaston Valdivia

„Sie proklamieren das Recht auf Arbeit als ein revolutionäres Prinzip. Schande über das französische Proletariat! Sklaven nur sind einer solchen Erniedrigung fähig. 20 Jahre kapitalistischer Zivilisation müßte man aufwenden, um einem Griechen des Altertums eine solche Entwürdigung begreiflich zu machen!“ *Paul Lafargue 1883 über die Revolution von 1848*

Ein Geschrei geht um die Welt: Wir wollen Arbeit, wir wollen Arbeit! Brave ArbeiterInnen und Angestellte werden unversehens radikal. Sie stürmen Konzernzentralen, besetzen Banken, blockieren Autobahnen, zertrümmern Mannschaftswagen und werfen mit Steinen nach PolizistInnen, als sei ihnen plötzlich die untertänige Biederkeit abhanden gekommen. Doch was so radikal eingeklagt wird, ist mehr als kläglich: Fern davon, das bedrohliche Gespenst zu sein, das einst die KapitalistInnen in Angst und Schrecken versetzte, flehen sie ihren Klassenfeind um Arbeit an. Beutet uns aus, erniedrigt uns, zerstört unsere Gesundheit, macht mit uns, was ihr wollt, aber gebt uns um Himmels willen Arbeit, lautet die *message* der modernen SklavInnen. Daß sich bei so viel Erniedrigung der Rest der Gesellschaft nicht kollektiv übergibt, sondern vielmehr Beifall spendet, läßt sich nur verstehen, wenn man die Durchsetzungsgeschichte dieser merkwürdigen Universalplage betrachtet, die sich derzeit so viele Menschen an den Hals wünschen. Ihre Geschichte liest sich als endlose Aneinanderreihung von Grausamkeiten, Verstümmelungen, geistiger und materieller Armut, Disziplinierung, langsamer und schneller Tode, wovon der plötzliche Arbeitstod und Herzinfarkt nur mehr die originellere moderne Variante darstellen. Es verwundert daher kaum, daß ihr Begriff etymologisch ausschließlich auf Negativbestimmungen verweist: Arbeit von 'arbejioiz', im Germanischen die Mühsal, wiederum hergeleitet von dem germanischen Verb 'arbejo', soll heißen „bin verwaistes und daher aus Not zu harter Tätigkeit gezwungenes Kind.“ Die Arbeit im Lateinischen, 'laborare', gleichbedeutend mit Mühe, Anstrengung, oder „das Wanken unter einer Last“. Und noch im

Neuhochdeutschen drückt man im zusammenge-setzten Begriff 'Mordsarbeit' den Sachverhalt recht treffend aus.¹ Die Sklaverei wurde verboten, Mord und Folter sind geächtet und werden verfolgt; man bekämpft die Armut – aber wie steht es mit der Arbeit? Es ist doch seltsam, daß sie, die häufigste unnatürliche Krankheits- und Todesursache bis heute ganz und gar frei ausgeht. Sie scheint in und um uns so omnipräsent geworden zu sein, daß sie als unhinterfragbares Naturphänomen wahrgenommen wird, das sich genauso wenig beseitigen läßt wie ein Herbststurm oder eine todbringende Dürre. Für die schaffenskräftigen Bürger alleinige Existenzberechtigung und Daseinsform schlechthin, ist sie für das betende Volk darüber hinaus göttliche Bestimmung.

Von der Tätigkeit zur Arbeit

Ein kurzer Ausflug in die Geschichte hilft, den Ursachen des kollektiven Arbeitswahns auf die Spur zu kommen. Daß Menschen schon immer die Natur zu ihren Zwecken umgeformt haben, ist banal und braucht nicht weiter betont zu werden. Daß es sich dabei schon immer um Arbeit gehandelt haben soll, wie heute von links bis rechts kolportiert wird, bestreiten wir dagegen energisch. Die ursprüngliche 'Umformung der Natur' durch Menschenwesen bildete eine unentwirrbare Synthese von körperlichen, geistigen, kulturellen und fetischhaften Äußerungen, die eine von ihnen abgetrennte, eigenständige Sphäre der Arbeitstätigkeit weder kannte noch zugelassen hätte. Die allgemein üblichen Reproduktionstätigkeiten vollzogen sich in der Regel in einer gemächlichen, dem jeweiligen Lebensrhythmus weitestgehend angepaßten Atmosphäre. Fehlendes künstliches Licht, Wechsel der

Jahreszeiten und die Launen des Wetters beschränkten die Betätigungen auf natürliche Weise. Mit dem Aufkommen der monotheistischen Religionen sollten zahllose Feiertage den Tätigkeitsspielraum noch weiter einschränken. Erstmals mit der Sklaverei in den sogenannten frühen Hochkulturen entstanden gesonderte Produktionsbereiche, in denen die Unterjochten zu dauerhaften und einseitigen Tätigkeiten in Bergwerken, bei der Erbauung von Kultstätten, an den Rudern der Galeeren und ähnlichem verdammt wurden. Doch der Großteil der Unfreien, zumeist Haus- und LandsklavInnen, betätigte sich in der Regel – nicht anders als die Freien – auf vielfältigste Art und Weise und pflegte seine oder die Bräuche seiner Herrschaften. Soweit in der Sklaverei und zum Zweck militärischer 'Massenproduktion' Tätigkeiten entstanden, die ihrer Form nach die Arbeit schon antizipierten, unterlagen sie der allgemeinen Verachtung und galten als sklavisches, erniedrigend, leidvoll und geistlos. Im letzten Jahrhundert vor Christus besang der griechische Dichter Antiparos deshalb begeistert die Erfindung der Wassermühle, die die Mädchen vom Getreidemahlen befreite: „Laßt uns leben das Leben der Väter, und laßt uns der Gaben arbeitslos² uns freu'n, welche die Göttin uns schenkt.“³

Befreiung in der Arbeit

In den antiken Stadtstaaten noch inzipient und marginal, kamen im Mittelalter einige auf den Warentausch ausgerichtete Tätigkeiten auf, die sich ganz allmählich aus der üblichen Lebensgestaltung herauslösten und sich nach den langsam aufkommenden Marktgepflogenheiten zu modellieren begannen. Auch die fürstliche Berufung zu besonderer, mit barer Münze ent-

goltener Tätigkeit kann ihrem Wesen und ihrer Form nach als eine der ersten Arbeiten gelten. Doch die religiösen Feudalstrukturen mit ihren Bräuchen, sittlichen und moralischen Maßstäben, ihren großen Familienverbänden sowie die allgemeine Verachtung der „leidvollen, sklavischen Tätigkeiten“ und des Gelderwerbs setzten der Produktion für das Marktgeschehen enge Grenzen und blockierten so einen Aufbruch in die Zukunft der Arbeit. Das war so gar nicht nach dem Geschmack der geldorientierten Vorhut aus Kaufleuten, HandwerkerInnen, bezahlten Scharlatanen und nicht zuletzt zahlreicher Feudalherren selbst, die eine Ausdehnung der Tätigkeit für den Warentausch gern gesehen hätten.

Bevor die feudalistischen Hindernisse mit Waffengewalt aus dem Weg geräumt werden konnten, mußten all die leidvollen Tätigkeiten vom negativen Image befreit und im Gegenzug Verschwendungssucht, unproduktiver Müßiggang und simple Geldabpressung verdammt werden. Gott sei's gedankt, ein stimmig gewaltiger bärtiger Mann namens Luther trat auf die Geschichtsbühne und führte diesen ideologischen Kampf an. Der Protestantismus war geboren und mit ihm die Religion der gottgefälligen 'arbeitsioiz', der „Mühsal, Not, die man leidet oder freiwillig übernimmt“. Nur wer selber leidet (arbeitet), sollte Gottes Segen zu spüren bekommen und ein Recht auf Nahrung haben, so das lutherische Credo für die künftige bürgerliche Arbeitswelt. Das Wertesrad drehte sich, drückte Geist, Frohsinn, Verschwendung und Muße in den Staub und 'adelte' die aufkommende Arbeit. Angepaßter Lebensrhythmus wandelte sich allmählich zu kostbarer Arbeitszeit und Untätigkeit zu verschwendeter Zeit. „Der Protestantismus, diese den neuen Handels- und Industriebedürfnissen der Bourgeoisie angepaßte Form der Kirche, kümmert sich wenig um die Erholung des Volkes; er entthronte die Heiligen im Himmel, um ihre Feste auf Erden abschaffen zu können“, pointierte der erklärte Arbeitsfeind Paul Lafargue diesen Sachverhalt (ebenda, S. 33).

Geld zu Arbeit, Arbeit zu Kapital

Doch der eigentliche Durchbruch der Arbeit kam erst mit der 'Idee', das Geld durch bezahltes fremdes 'Leiden' zu vermehren. Altar und Tausch verschmolzen zur Ideologie der Marktwirtschaft, die dieser neuen Gepflogenheit Sinn und Segen gab. Geld zu Arbeit und Arbeit zu Kapital. In den manufaktuellen Laboren der 'Geldproduktion' bewährte sich alsbald die Lohnarbeit als lebendige Triebkraft eines unaufhaltsam akkumulierenden und expandierenden Kapitals. Die französische Revolution schaffte endlich den adäquaten rechtlich-institutionellen Rahmen, um die kapitalistische Akkumulation so richtig in

Gang zu bringen. Sie „befreite nun die Arbeiter vom Kirchenjoch, um sie um so strenger unter das Joch der Arbeit zu spannen“, so Lafargue (ebenda, S. 33). Von den alten Hindernissen befreit, konnte jetzt so richtig die grausame Zurichtung von Mensch und Gemeinschaft auf die Erfordernisse des marktwirtschaftlichen Äquivalenzprinzips und des monotonen Arbeitslebens beginnen. Zuchthäuser, Schulen, Arbeitsstätten, Industrieschulen, Klerus und Militär peitschten Zeitsinn und Disziplin ein⁴ und exorzierten Muße und unbekümmerten Genuß. Die Arbeit entfaltete und universalisierte sich, produzierte die Gesellschaft als einen Zusammenhang indirekt vergesellschafteter Subjekte und richtete sich schließlich ihrer Form nach als eigenständige Sphäre in ihr ein. Die neue Welt war gespalten in Privatheit und Öffentlichkeit und brachte weitere Sphären wie Recht, Politik, Ordnungsmacht, Gesundheit, Ökonomie etc. hervor, die der Gewährleistung der Arbeitsverwertung dienten. Den Großteil der Tageszeit an besondere Arbeiten gefesselt, mußten sich andere um die allgemeinen Angelegenheiten kümmern, deren Bewältigung sich alsbald selbst in die Form partikularer, ungesellschaftlicher Arbeit goß. Arbeitszeiten, die jedem und jeder antiken SklavIn einen Schauer über den Rücken gejagt hätten, machten es den ArbeiterInnen unmöglich, sich ihren Lieben und sich selbst in Muße zu widmen. Die bürgerliche Rollenzuschreibung feierte fröhliche Urständ: Sie degradierte die Frau zur häuslichen Sklavin für die Arbeitskraftreproduktion des Mannes und zu dessen seelischem Müll-eimer; sie erfand die hingebungsvolle, liebende Gattin und Mutter und nannte dies natürliche Bestimmung. Verdammt zur grausamen Einsamkeit des individuellen Gelderwerbs, standen sich nun mehr und mehr Menschen als unversöhnliche Konkurrenten um Existenzrechte gegenüber, objektiv voneinander getrennt, nur für sich zuständig und verantwortlich. Die Glaubensgewißheit und festgefügte Ordnung des Feudalismus mußte einer neuen, allgegenwärtigen und permanenten existenziellen Verunsicherung weichen.

Sozialismus, die Fortsetzung des Protestantismus mit anderen Mitteln

Was Kirche und Bourgeoisie begonnen, setzte die Arbeiterbewegung mit unausgesetztem Impetus fort. Gegen ihre Ausbeutung führte sie nun einen säkularisierten Protestantismus in Gestalt der sozialistischen Ideologie ins Feld. Opfer der kollektiven Vergeßlichkeit, konnte sie sich ein Leben jenseits der Arbeit nicht vorstellen. Folgerichtig sollten lediglich die KapitalistInnen abgeschafft werden, um der Arbeit den Ausbeutungscharakter zu nehmen und sie weniger leidvoll gestalten zu können.

Wieder fanden sich Geist und Intellekt, Muße und Schlendrian an den Pranger gestellt und jede unproduktive Arbeit geächtet. Es verwundert deshalb nicht, daß sich die Arbeiterschaft, diese „selbst nur besondere Existenzweise des Kapitals“ (Marx, MEW 23, S. 353), samt ihrer geistigen Führung bevorzugt auf jene Aussagen von Marx und Engels beriefen, die ihre arbeitsethischen Vorstellungen untermauerten. Nur wenige wollten oder konnten die Marxsche Ambivalenz hinsichtlich der Kategorie der Arbeit erkennen. Auch wenn er von der Arbeit als „ewiger Naturnotwendigkeit“ sprach, so war doch zumindest klar, daß er damit nicht die Lohnarbeit meinte. Diese wollte er eindeutig abgeschafft sehen: „Es ist eins der größten Mißverständnisse, von freier, gesellschaftlicher menschlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die 'Arbeit' ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, von Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der Arbeit gefaßt wird“.⁵

Die unermüdlich voranschreitende Arbeitsverwertung brachte bald mächtige Industriationen hervor, hinter denen immer mehr Regionen der Erde zurückblieben und zu kolonialen Plünderungsreservoirs herabgedrückt wurden. Gewaltige Revolutionen erschütterten den Globus und konstituierten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sozialistische Staaten, die fortan danach trachteten, Anschluß an die entfesselte und unermeßliche Reichtumsproduktion der kapitalistischen Mächte zu bekommen. Eine nachholende, beschleunigte Akkumulation wurde in Gang gebracht, die der ursprünglichen hinsichtlich Grausamkeit bei der Durchsetzung von Lohnarbeit und Zeitdisziplin in nur Wenigem nachstand. Abermillionen Menschen wurden aus der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft herausgerissen, um als LohnarbeiterInnen die aus dem Boden gestampften Fabriken zu alimentieren. „Der russische Mensch ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den fortgeschrittenen Nationen (...). Arbeiten lernen – diese Aufgabe muß die Sowjetmacht dem Volk in ihrem ganzen Umfang stellen“, so der verzweifelte Lenin, der angesichts der drückenden Notwendigkeiten und des Zustands seiner real existierenden Völkerschaften allmählich seine Hoffnungen auf eine kommunistische Zukunft dahinschwinden sah. Auch diesmal bedurfte es einer Religion, um dem Ganzen Sinn und Zukunftsaussicht zu geben. Wie einst Luther setzte Stalin eine Religion der Arbeit in die Welt, die als 'Marxismus-Leninismus' in die Geschichte eingehen und von zahllosen „Zuspätgekommenen“ übernommen werden sollte.

Moderne Arbeitswelt

Aufgrund von technischen Errungenschaften und einer fortgeschrittenen Arbeitserlegung konnte den vereinseitigten ArbeiterInnen bald ihr stählernes „Ebenbild“ zur Seite gestellt werden. Folgerichtig schmückte man diese mechanischen ArbeiterInnen mit dem russischen Namen ihrer lebendigen Vorbilder: Roboter, hergeleitet von 'Knecht', 'Diener' oder 'Sklave'. Industrielle Automation, rasant wachsender stofflicher Reichtum und schließlich wachsende KonsumentInnenheere, die bedient werden wollten, erforderten immer neue, qualifiziertere Arbeiten, verlangten nach Bildung, Wissenschaft und Forschung. Immer weiter fächerte sich die Arbeitswelt in Spezialgebiete auf und hinterließ dennoch gewaltige Residuen von Monotonie, Einseitigkeit und körperlicher Plackerei. Doch wie immer ihre gesellschaftlichen Durchgangsstadien bezeichnet werden mögen, als 'tayloristisch', 'tertiär', 'modern' oder 'postmodern' etwa; ob die Menschen geistig oder manuell tätig waren und sind, ob lohnabhängig oder selbständig; ob sie als ManagerIn oder LehrerIn ihr Dasein fristen; ob sie sich zur Arbeit berufen fühlen oder diese lediglich als lästigen Job begreifen: An Doppelcharakter und Unbedingtheit der Arbeit hat sich substantiell nichts geändert. Als abstrakte konstituiert sie jene Form indirekter Vergesellschaftung, die sich unabhängig vom individuellen Willen hinter dem Rücken der ProduzentInnen durchsetzt und beständig unverrückbare Sachzwänge erzeugt. Den Einzelnen oktroyiert sie sich als einzig mögliche Art der Existenzsicherung und hält sie in ihrem jeweiligen Arbeitsmikrokosmos gefangen. Sie zwingt sie so dazu, sich als unversöhnliche Konkurrenzsubjekte ausschließlich um das eigene Fortkommen zu bemühen, immer nur für sich selbst verantwortlich und deshalb für andere prinzipiell nicht zuständig. Sie hat sich zum „automatischen Subjekt“ (Marx) über die Menschheit erhoben und bestimmt deren Geschicke. Moral, Ethik und Ideologie fungieren als Sinnstifter und notwendiges Korrektiv für die dieser „phantasmagorischen“ (Marx) Gesellschaftsform innewohnenden automatischen Vernichtungslogik. In ihrer konkreten Gestalt ist sie Lebenssinn und Plage zugleich. Sie verlangt nach Identifikation und stößt zugleich beständig ab. Sie nimmt den größten Teil der Lebenszeit in Beschlag und drückt auch dort, wo sie nicht wertproduktiv ist, ihren Formstempel auf. Ob im Bodybuildingstudio, im Hobbykeller, unter gleißender Sonne oder im Haushalt, nahezu überall dominieren ihre Maßstäbe. Ehrgeiz, Ausdauer, Selbstdisziplinierung, Motorikrationalisierung, Hetze, Leistungswahn und Äquivalenzdenken steuern selbst die intimsten Lebensäußerungen. „Gib mir deinen Saft, ich geb dir meinen...“ besin-

gen die 'Fantastischen Vier' den modernen Äquivalenz- und Leistungssex. Statt Muße herrscht Ruhe als Mittel der Regeneration, und Faulheit stellt nur die unproduktive Kehrseite der Arbeit dar. Und was macht der inzwischen vielbeschworene bewußte Genußmensch, der Hedonist? Er wähnt sich frei und individuell, weil er die Markt- und Arbeitszwänge „genüßlicher“ als seine Konkurrenten exekutiert. Der moderne Arbeitsmensch ist einsichtig und treibt sich zumeist selber an. Peitsche und radikale Arbeitsideologien haben ausgedient. Am meisten stört ihn, so die Umfragen, wenn andere weniger arbeiten als er und sollten ein Kollege oder eine Kollegin morgens zu spät zur Arbeit erscheinen, schallt ihnen, zumindest in Deutschland, unüberhörbar das kollektiv ausgerülpste „Mahlzeit!“ entgegen.

Aufhebung oder Barbarei

Widerspruch gegen verschiedene Momente der Arbeit hat es immer gegeben. Doch erst Marx legte eine umfassende Kritik ihres Wesens und der von ihr erzeugten Totalität vor, die, wie oben angeführt, von seinen Jüngern und Jüngerinnen schnell zurechtgestutzt und schließlich begraben wurde. Heute überwiegt eine Kritik, die diesen Namen nicht verdient hat. Durch Umgestaltungen und Bereicherungen sollen die Sinnhaftigkeit der Arbeit bestärkt und die Moral hochgehalten werden. Durch Flexibilisierung und Verkürzung wird versucht, sie auf möglichst viele Köpfe zu verteilen und zugleich ihren Effizienzgrad zu erhöhen. Ein ganzer Arbeitskosmos aus Arbeitssphäre, existenzieller Arbeitsabhängigkeit, Arbeitsethik wie Arbeitssozialisation hält die Mehrzahl der Menschen bisher in ihrem Arbeitswahn gefangen und hindert sie daran, ihm auch nur gedanklich zu entfliehen. Die mit der Wohlstandsgesellschaft eingetretenen partiellen Einbrüche in Arbeitsethik und -moral, die als Basis für eine Kritik der Arbeit unbedingt zu begrüßen waren und sind, geraten unter dem Druck der anschwellenden Arbeitslosenheere in den Hintergrund und scheinen sich ganz zu verflüchtigen. Ketzerisches haftet ihnen an. Selbst den freudigsten ArbeitsverächterInnen vergeht derzeit die Stänkerlaune.

Dabei sind die Bedingungen für eine fundamentale Kritik der Arbeit so günstig wie noch nie, denn der Kapitalismus hat definitiv mit seiner Selbstuntergrabung begonnen, indem er, von der mikroelektronischen Revolution angetrieben, sowohl die wertproduktive abstrakte wie die konkrete Arbeit in all ihren Varianten sukzessive abschafft. Die Arbeit hat ihre 'zivilisatorische Mission' erfüllt, insofern sie mit ihrer ungeheuren technischen und geistigen Produktivkraft den Grundstein für die Möglichkeit einer müßigen, kreativen, in selbstgewähltem Rhythmus vollzogenen und

von allen bewußt geplanten, direkt gesellschaftlichen Lebensgestaltung gelegt hat. In dieser Hinsicht und nur in dieser, kann sie ex post als ein historisch notwendiges und progressives Durchgangsstadium gelten.⁶

Da die in Gang gesetzte kapitalistische Dynamik immer nur weiter in eine moderne Barbarei treibt und keineswegs in die von uns gewünschte, mögliche sonnige Zukunft, geht es nun mehr darum, das begonnene Werk auf eigene Weise zu vollenden, indem diese destruktive Form überwunden wird. Das kann nur heißen, die Arbeit radikal zu kritisieren und den durch Arbeits- und Tauschökonomie versperrten Zugang zu den stofflichen und geistigen Potenzen praktisch freizumachen. Soll es nicht in die Barbarei gehen, müssen der Kampf um die Definition einer „revolutionären Modernität“⁷ und deren energische Durchsetzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wird in der nächsten Nummer fortgesetzt.

Anmerkungen

- 1 Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, München 1995, S. 55 ff.
- 2 Die Verwendung der Begriffe „arbeitslos“ oder „Arbeit“ in Texten antiker Dichter und Denker beruht im Grunde auf falschen Übersetzungen bzw. Interpretationen, die auf einer typisch bürgerlichen Übertragung des Arbeitsbegriffs in antike Sprachen und Lebenswelten beruht.
- 3 Antiparos, zit. in Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit, Frankfurt/M. 1966, Seite 32.
- 4 Die „Zeit“ ist, salopp formuliert, eine „Erfindung“ der bürgerlichen Arbeitsgesellschaft. Sie kommt mit der Tauschökonomie in die Welt und universalisiert sich mit der kapitalistischen Lohnarbeit. Einerseits Grundlage des Wertes, Abstraktion von konkreter Arbeit auf Zeit, wird sie andererseits erst mit der Expansion des Wertes durch Lohnarbeit zu einer „gesellschaftlichen Realkategorie“. Dialektisch: Zugleich Grundlage und Resultat des prozessierenden Kapitalverhältnisses. Zum Thema Zeitvergesellschaftung verweise ich auf meinen Aufsatz „'Zeit' ist Geld und Geld ist 'Zeit'; Von der Produktion der 'Zeit' zu ihrer marktwirtschaftlichen Dekonstruktion“ in *Krisis*, Nr. 19.
- 5 Karl Marx: Über Friedrich Liszt, Berlin 1972, S. 24.
- 6 Hierin ist weder eine moralische Bewertung anderer menschlicher Gemeinschaften noch die Annahme impliziert, die historisch entstandene 'Zivilisation' samt ihrer 'Vernunft' hätte universelle Geltung oder sollte sie haben.
- 7 Der Begriff ist als Provisorium gedacht und dient zunächst der Distanzierung von den bisher üblichen sozialistischen, kommunistischen, modern bürgerlichen oder naturalwirtschaftlichen Zukunftsvisionen.

Was bleibt von Perry Andersons „Entstehung des absolutistischen Staats“?

von Gerhard Scheit

Was bleibt? in den Streifzügen

Dieser Artikel ist der Versuch, bei den *Streifzügen* eine Rubrik zu installieren: Unter dem Titel *Was bleibt* ...??? sollen Bücher und Texte besprochen und kritisiert werden, die einmal – vor einigen Jahren, Jahrzehnten oder auch vor einem Jahrhundert – von mehr oder weniger großer Bedeutung für die Linke und den Marxismus waren. Die vielen Kinder sind nicht mit dem Bade auszuschütten – so könnte etwa das Motto der Rubrik lauten. Allerdings gibt es nicht wenige Texte des Marxismus – und es sind mitunter sogar die legendären (Mao!), die in dieser Rubrik am besten in Gestalt einer leeren Seite abgehandelt werden müßten. Auch im übrigen sollte die Darstellung dessen, was bleibt, möglichst prägnant und lakonisch erfolgen, nicht weitschweifig und ausufernd; gegenüber umfassenden Porträts und Einführungen ins Gesamtwerk erweist sich oft eine knappe Zusammenfassung der Grundlinien der Argumentation oder der Hinweis auf einen bestimmten Aspekt als nützlicher. Jedenfalls kommt es bei diesen zeitgemäßen, aber anachronistischen Rezensionen darauf an, die Bücher unter jenen Gesichtspunkten neu zu lesen, wie sie hier in den *Streifzügen* diskutiert werden. Um die Ansprüche und Erwartungen am Beginn nicht zu hoch zu schrauben, eröffnen wir die Rubrik statt mit einem legendären Buch von Lenin oder Luxemburg oder Lukács oder Korsch, mit einer historischen Studie, die gleichwohl von Interesse war – und ist.

Gerhard Scheit

Der 1938 geborene Perry Anderson gehörte in den siebziger Jahren zu den wichtigsten marxistischen Autoren des angelsächsischen Raums; er war Herausgeber der Zeitschrift *New Left Review*. Bekannt wurde er im deutschsprachigen Raum durch seine Auseinandersetzung mit Antonio Gramsci (Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung 1977; dt. 1979) und seine Aufsätze *Über den westlichen Marxismus* (1978). Seine große historische Studie über den Absolutismus, um die es hier im wesentlichen gehen soll, erschien unter den englischen Originaltiteln *Lineages of the Absolutist State* und *Passages from Antiquity to Feudalism* 1974 in London.

Anderson ist im weitesten Sinn jenem „strukturellen Marxismus“ zuzurechnen, dessen berühmtester Vertreter einst Louis Althusser war. Im Unterschied zu dessen Arbeiten zeichnet sich Andersons Studie vor allem dadurch aus, daß sie ein wahres Geschichtsbuch ist: Anderson versucht nichts weniger, als die Geschichte des absolutistischen Staats zu schreiben. Und da er mit den Voraussetzungen dieser Staatsform beginnt, setzt seine Studie bereits bei der Antike an. Bestechend ist zunächst die Fülle an historischen Untersuchungen, die er dabei heranzieht und in den Gang seiner Untersuchung hineinverarbeitet, so daß fast der Eindruck entsteht, die diversen Historiker hätten bloß für Anderson zugearbeitet.

Der Fluchtpunkt, vor dem Anderson sein Material anordnet und verkürzt, ist ein bestimmter Begriff von Herrschaft. Getreu den Prämissen des strukturellen Marxismus stützt sich Anderson dabei nicht so sehr auf die 'Struktur' von Ware, Geld und Wert, wie sie Marx im *Kapital* aufgerissen hat, vielmehr auf die Klassenstruktur, die im *Kommunistischen Manifest* und den übrigen politischen Schriften von Marx und Engels exponiert wurde. Er weicht jedoch von diesen Schriften insofern ab, als er im Absolutismus keinen Gleichgewichtszustand von Adel und Bürgertum, sondern eine genuine Staatsform des Adels sieht, unter dessen Schirmherrschaft das Bürgertum sich erst entwickelt habe. Aus der Sicht einer Kritik, die vom Kapitalbegriff ausgeht, erscheint diese Definitionssache, auf die Anderson so großen Wert legt, auf den ersten Blick eher belanglos.

Es hängt aber mit dieser Konzentration auf die Klassenfrage zusammen, daß es Anderson gelingt, eine grundlegende Differenzierung für die Geschichte des Absolutismus in allen Einzelheiten durchzuführen. (Insofern knüpfen Immanuel Wallersteins Studien zur Entstehung des „Modernen Weltsystems“ an Anderson an: auch sie erreichen über den „Klassenstandpunkt“ eine erstaunliche Differenzierungskraft.) Anderson unterscheidet dabei prinzipiell zwischen einer westlichen und einer östlichen Entwicklung. Als Ausgangspunkt der westlichen sieht er die lange Krise der europäischen Gesellschaft während des 14. und 15. Jahrhunderts – ausgelöst durch den Kollaps der feudalen Wachstumsdynamik. Im Unterschied zu landläufigen Vorstellungen vom 'tiefsten Mittelalter' war die Zeit vor der großen Hunger- und Pestkatastrophe im 14. Jahrhundert von großer Dynamik, von Produktions- und Bevölkerungswachstum, gekennzeichnet. Anderson arbeitet dies in seiner Vorstudie *Von der Antike zum Feudalismus* eindrucksvoll heraus. „Im 13. Jahrhundert hatte der europäische Feudalismus eine einheitliche und entwickelte Kultur hervorgebracht, die gegenüber den rudimentären Flickwerk-Gemeinschaften des frühen Mittelalters einen ungeheuren Fortschritt bedeuteten. Für diesen Fortschritt gibt es vielfache Anzeichen. Das erste und wichtigste von ihnen war der große Sprung nach vorn, der beim agrarischen Mehrertrag im Feudalismus erzielt wurde. Denn die neuen Produktionsverhältnisse auf dem Land hatten einen verblüffenden Zuwachs der agrarischen Produktivität ermöglicht. Die technischen Neuerungen, die materiellen Instrumente dieses Fortschritts, waren im wesentlichen der eiserne Pflug für die Feldarbeit, die Einführung des steifen Pferdegeschirrs, für die Gewinnung mechanischer Kraft die Wassermühle, die Mergeldüngung für die Bodenverbesserung und das Drei-Felder-System für den Fruchtwechsel.“ (I S.220) Den „Massenimpetus“ für diese Fortschritte, die zu einer stetigen Ausweitung und Produktionssteigerung in der Landwirtschaft führten, sieht Anderson dabei durchaus in der Lage der unmittelbaren Produzenten im Feudalismus begründet: „Denn die in Westeuropa entstandene feudale Produktionsweise

gewährte der Bauernschaft auch innerhalb der harten Beschränkungen durch die Grundherrschaft einen Mindestraum für die Mehrung des Ertrags, worüber sie selbst verfügen konnte.“ (I S.223) Anderson verweist darauf, daß die Gesamtbevölkerung von Westeuropa zwischen 950 und 1348 sich verdoppelt haben dürfte, die durchschnittliche Lebenserwartung, die im römischen Reich vermutlich bei etwa 25 Jahren gelegen hatte, im feudalen England – soweit sich dies rekonstruieren läßt – auf 35 gestiegen sei. „Inmitten dieser sich ausdehnenden Gesellschaft belebte sich der Handel nach seinem langen Niedergang während des frühen Mittelalters, immer mehr Städte entstanden und blühten an den Schnittpunkten der regionalen Märkte und Manufakturzentren.“ (I S.229)

Die schwere Krise im 14. Jahrhundert zeigte jedoch, daß für eine solche Akkumulation ab einem bestimmten Punkt alle staatlichen, monetären und sozialen Rahmenbedingungen fehlten, und das absolutistische System, wie es sich nun im Westen entwickelte, stellte eben diese Bedingungen bereit. „Die zentralisierten Monarchien Frankreichs, Englands und Spaniens repräsentierten einen entscheidenden Bruch mit der pyramidalen, parzellierten Souveränität der mittelalterlichen Gesellschaftsstrukturen mit ihren Stände- und Lehenssystemen. [...] Die absoluten Monarchien führten stehende Heere ein, eine dauerhafte Bürokratie, nationale Besteuerung, ein kodifiziertes Gesetz, und sie schufen die Grundlagen für einen gemeinsamen Markt.“ (II S.17 u. 19)

Den Absolutismus im Osten hingegen begreift Anderson im wesentlichen als eine Reaktionsform auf die Entwicklung im Westen: „Die transnationale Wechselwirkung innerhalb des Feudalismus fand immer zuerst auf der politischen und nicht auf der ökonomischen Ebene statt [...] in Eroberung und nicht im Handel bestand ihre hauptsächlichste Ausdehnungsform. Die ungleiche Entwicklung des Feudalismus innerhalb Europas fand somit ihren charakteristischen und direkten Ausdruck nicht in Handelsbeziehungen, sondern in militärischen Beziehungen zwischen den entsprechenden Gebieten des Kontinents. [...] der internationale Druck des westlichen Absolutismus, der politische Apparat einer mächtigeren feudalen Aristokratie, die entwickeltere Gesellschaften beherrschte, verpflichtete den Adel im Osten zum Aufbau einer ähnlich zentralisierten Staatsmaschine, wenn er überleben wollte.“ (II S.240f.) Im folgenden zeigt Anderson eindrucksvoll, wie dieser Druck auf den Osten konkret und über die Jahrhunderte hinweg ausgeübt wurde, beschreibt etwa den jungen absolutistischen Staat Schwedens als „Geißel des Ostens“: „Sein machtvoller

Zugriff und sein Einfluß auf Preußen, Polen und Rußland in den neunziger Jahren zwischen 1630 und 1720 ist vergleichbar mit den Folgen der Eroberungszüge Spaniens in Westeuropa zu einer früheren Epoche [...]“. Was passierte, wenn es nicht gelang, gegen die Bedrohung aus dem Westen einen absolutistischen Staat aufzubauen, wird am Beispiel der polnischen Gebiete deutlich, die sich die anderen Staaten bei nächster Gelegenheit unter den Nagel rissen.

Man könnte die Frage, die Anderson so sehr beschäftigt – ob der Absolutismus ein Gleichgewichtszustand zwischen Adel und Bürgertum oder eine Herrschaftsform des Adels sei – auch anders stellen: In welchem Verhältnis standen darin feudale und kapitalistische Ausbeutungsformen? Aber was ist überhaupt eine feudale Ausbeutungsform? Versteht man darunter einzig und allein die Leibeigenschaft, so war der Absolutismus im Westen kein feudales System mehr, sondern dessen Abschaffung, während der Absolutismus im Osten das feudale System überhaupt erst begründet hat, indem er die Leibeigenschaft nämlich einführt und in bisher nicht gekannter Form verschärft. Anderson jedoch hat einen anderen Begriff von Feudalismus: „Das Ende der Leibeigenschaft bedeutet nicht das Ende der feudalen Verhältnisse auf dem Lande. Es ist ein allgemeiner Irrtum, beides miteinander zu identifizieren. Private außerökonomische Zwangsherrschaft, persönliche Abhängigkeit und die Verbindung des unmittelbaren Produzenten mit den Produktionsmitteln verschwanden natürlich nicht automatisch dann, als man damit aufhörte, den ländlichen Mehrwert in der Form von Arbeit oder durch Abgabe von Produkten zu schöpfen und statt dessen Pachtgeld erhielt: solange aristokratisches, agrarisches Eigentum einen freien Warenmarkt auf dem Lande und die Mobilität der menschlichen Arbeitskraft blockierte – solange die Arbeit nicht von den sozialen Bedingungen ihrer Existenz getrennt war, um 'Arbeitskraft' zu werden –, blieben die ländlichen Produktionsverhältnisse feudal.“ (II S.19) Darum begreift Anderson den Absolutismus im wesentlichen als „ein wiederentfaltetes, erneuertes System der Feudalherrschaft“ (II S.20) – ja seine ganze Studie scheint geschrieben, um die These Althussers von 1969 zu stützen: „Das politische Regime der absoluten Monarchie ist nur die neue politische Form, die notwendig ist, um die feudale Herrschaft und Ausbeutung in der Periode der Entwicklung der Warenwirtschaft zu erhalten.“ (L.A.: Montequieu, Paris 1969, S.117; zit. n. II S.21)

Vielleicht sollte es besser heißen, der Absolutismus entfaltet den Feudalismus über dessen eigene Grenzen hinaus: die ursprünglich feudale Wachstumsdynamik wurde in ein anderes System übersetzt, worin das allgemeine Äquiva-

lent des Geldes durch die Zentral- und Allmacht des Staats neu fundiert wurde, und das darum im Inneren wie im Äußeren der Akkumulation keine Grenzen mehr setzte. Anderson selbst gelangt unmittelbar in die Nähe eines solchen Begriffs von Absolutismus, wenn er auf die Bedeutung des Geldes bei der 'Wiederentfaltung des Feudalismus' zu sprechen kommt: „Die Institution der Leibeigenschaft als Instrument der Mehrwertgewinnung vereinte auf der Ebene der kleinsten gesellschaftlichen Gruppe, dem Dorf, ökonomische Ausbeutung und politisch-legale Zwangsherrschaft. Der einzelne Grundherr schuldete seinerseits einem feudalen Oberherrn, der die Vorherrschaft über alles Land in seinem Machtbereich beanspruchte, Lehenstreue und Ritterdienst. Die zur allgemeinen Praxis gewordene Umwandlung der Abgaben in Geldrenten schwächte das engmaschige Verbundsystem der politischen und ökonomischen Unterdrückung der Bauernschaft und drohte es aufzulösen [...] Die Klassenherrschaft der Feudalherrschaft stand daher mit dem allmählichen Verschwinden der Leibeigenschaft auf dem Spiel. Die Konsequenz dieser Situation war eine Verlagerung der politisch-legalen Zwangsherrschaft in Richtung auf eine zentralisierte, militarisierete, alle Autorität okkupierende Organisationseinheit – den absolutistischen Staat.“ (II S.22)

Man hat dem strukturalen Marxismus zu Recht vorgeworfen, er sei unhistorisch. Es mag also paradox klingen, daß die wichtigste Studie, die dieser Marxismus hinterlassen hat, eine historische ist. Aber es ist vermutlich kein Zufall, daß diese Studie nicht über das Kapital, sondern über dessen Entstehung aus nichtkapitalistischen Formen der Ausbeutung geschrieben wurde. Der strukturale Marxismus besaß keinen Begriff vom Warenfetisch und hat – in guter alter marxistischer Tradition – die ersten Kapitel des *Kapital* immer ignoriert. So kommt er dem richtigen Begriff des Kapitals dort am nächsten, wo der Reichtum noch nicht vollständig zu Kapital geworden, nicht in eine durchgängige innere Formbestimmtheit der Subsistenzmittel selbst verwandelt und auf den in allen produzierten Gütern steckenden Wert reduzierbar ist, wo die Aneigner des Reichtums als Subjekte noch nicht zurücktreten und als Anhängsel des „automatischen Subjekts“ Geschichte machen. Was von Perry Andersons Geschichte des absolutistischen Staats bleibt, ist jedoch nur in dieser Perspektive zu erkennen.

I: Perry Anderson: *Von der Antike zum Feudalismus. Spuren der Übergangsgesellschaften.* Übersetzt von Angelika Schweikhart. 2. Aufl. Frankfurt am Main 1981. (edition suhrkamp 922)

II: Perry Anderson: *Die Entstehung des absolutistischen Staates.* Übersetzt von Gerhard Fehn. Frankfurt am Main 1979. (edition suhrkamp 950)

Der nach den Sternen greift

SUPERLATIVES PORTRÄT EINES WIRTSCHAFTSFÜHRERS

von Franz Schandl

Auch wenn das nicht unbedingt ein helles Buch ist, erhellt es doch unfreiwillig mehr als es erhellen wollte.

Schon die Einleitung ist so ein „Ich, Jürgen E. Schrempp, glaube an Jürgen E. Schrempp“-Puzzle. Wer sollte das bezweifeln? Da wird gesagt, was Schrempp über sich sagt, und was andere über Schrempp sagen, und alle sagen sie das Gleiche. Dieser Mann ist „geprägt vom Willen zur Macht“ (S. 11). Der Superlative werden einige gleich nachgereicht. Schrempp sei nicht nur einer der „konsequentesten und durchsetzungsfähigsten, sondern eben auch einer der rücksichtslosesten und machthungrigsten Manager der Welt.“ (S. 17) Schließlich handelt es sich um „den wichtigsten Wirtschaftsführer Europas“ (S. 171), um niemand Geringeren als um den Vorstandsvorsitzenden des größten europäischen Industrieunternehmens, der Daimler-Benz AG, seit neuestem Daimler-Chrysler.

Verbeugung ist angesagt. Und sie findet auch statt. Der Autor, Jürgen Grässlin, einst Stadtrat und Mitglied im Landesvorstand von Baden-Württembergs Grünen, nunmehr Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler Benz (KAD) hat ganze Arbeit geleistet, wenngleich hauptsächlich der Aktionär und selten der Kritiker in Erscheinung getreten ist.

Das Buch folgt keinem stringenten chronologischen oder thematischen Aufbau, sondern windet sich in huldvollen Wiederholungen, stets das Thema Aufstieg variierend, dem Ende zu. So wird man das Gefühl nicht los, gleiche Geschichten immer wieder leicht verändert zu lesen. Das ermüdet, läßt jedoch vermuten, daß die rhythmische Repetition die Eingängigkeit erhöhen will. Was auffällt, ist die videoclipartige Schreibweise des Autors. Sequenzen werden in loser Folge aneinandergereiht, so als klebten verschiedene Fassungen eines Festvortrags aneinander.

Das „Arbeitsstier Schrempp“ (S. 43) macht nie schlapp. „Krankheit ist ihm zuwider. Bevor er krankmacht, schwitzt er lieber seine Bazillen in die Luft“ (S. 43) meint eine ehemalige Sekretärin. Und selbstverständlich: „Jürgen Schrempp liebt Streß“ (S. 44) Man mag nun den Streß für notwendig und unumgänglich halten, ihn aber lieben kann nur jemand, der die betriebswirtschaftliche Gestörtheit zum persönlichen Steuerungsprogramm erhoben hat. Die Charaktermaske wird hier so überaffirmiert, daß eine Differenz gar nicht mehr wahrgenommen werden kann.

Doch so sind sie die deutschen Manager: „Schrempp zeigt Härte – gegen sich und andere.“ (S. 44) Was stets verblüfft, obwohl es in Zeiten wie diesen nicht verblüffen darf, ist, daß dieses unsoziale Verhalten gegen andere wie gegen sich selbst immer als Tugend und nicht als Laster auftritt. Was hier gelobt wird, ist das armselige Vegetieren einer Arbeitsmonade, so weit oben sie auch sein mag.

Was auch persönliche Folgen hat: Ihn „treibt eine ständige innere Unruhe“, er „marschiert im Stechschritt (sic!, FS.) durch die Natur oder steckt sich eine Marlboro nach der anderen an“ (S. 45). Das verwundert nicht. Leben, so würden wir behaupten, ist etwas anderes als diese triebige Geschäftigkeit, mit der unser Held seine ökonomischen Emanationen veranstaltet. Neidig braucht nur zu werden, wer ähnlich konstituiert ist.

Schrempp ist zweifelsohne einer dieser großen Rationalisten der großen Irrationalität. Der Mann zeigt, daß es ihm nicht nur ums Geschäft geht, sondern daß er förmlich im Geschäft aufgeht. Er ist es. Diese extreme Verdinglichung der Person zur Rolle hat hier schon Übermaße angenommen. Zöge man alles ab, was den Geschäftsmann ausmacht, bliebe wahrscheinlich bloß eine mickrige Portion Mensch übrig. Was würde so einer eigentlich tun, wenn man ihm den Management-Baukasten und die entsprechenden Freizeitsurrogate wegnehmen würde? Liest der was? Welche Musik hört er? Gibt es Interessen, die völlig frei vom Geschäft sind? – Aber wahrscheinlich sind diese Fragen schon unsinnig, da sie doch das dafür gar nicht vorhandene Zeitbudget des Mannes außer Acht lassen. Wir erfahren also lediglich, daß er gelegentlich jagt, des Sommers einen Gipfel rauf oder einem Großwild hinterher. Selbstverständlich spielt er gerne Schach.

Was so ein richtiger Spitzenmanager ist, ist rund um die Uhr beschäftigt: Geschlafen wird kaum, höchstens vier bis fünf Stunden. Schon um 6 Uhr 30 stehen Fahrer und Fahrzeug parat. Kaum hat Schrempp auf dem Rücksitz Platz genommen, beginnt schon der Arbeitstag: „Wenig passend zur Tageszeit, staucht er gleich einige Telefonpartner zusammen. Auch wenn Richard (so hieß der stets auf den Vornamen reduzierte farbige Chauffeur in Südafrika; Dienstboten haben keinen Nachnamen!, FS.) kein Deutsch versteht, der Tonfall verrät vieles. Der Manager hat Jürgen E. Schrempp eingeholt.“ (S. 15) Der Arbeitstag dauert gemeinhin von 7 bis 21

Uhr, manchmal auch länger. Grässlin verrät uns in diesen Zeilen, was denn so einen Manager auszeichnet: der Ton und das Stauchen. Manager müssen ihre Untergebenen zusammenstauchen, denn sonst funktionieren sie nicht. Je mehr man niederstaucht, desto größer erscheint man.

„Er geht über Leichen, wenn ihm jemand im Weg ist“ (S. 53), sagt ein Schrempp-Kenner aus Südafrika. Wenn solch ein Satz nun in den Vorspann eines Unterkapitels mit der schlagenden Überschrift „Fressen oder gefressen werden“ übernommen wird, dann wird daraus ein Kompliment. Und das ist allerdings bezeichnend, zeigt der Kritiker als Aktionär doch keinerlei Distanz mehr zu dieser unfraglich menschenfeindlichen Vorgangsweise, sondern identifiziert sich mit ihr auch noch. Doch um ökonomisch erfolgreich sein zu können, muß diese Distanz auch beseitigt werden. Würde man Schrempp das persönlich vorwerfen, würde er es wahrscheinlich nicht einmal zurückweisen, sondern nur feststellen, daß der Gegenüber eine richtige Beobachtung getätigt hat. Er muß so sein. Zweifelsfrei.

Aber nicht immer klappt es. Über eine erfolgreiche Kontrahentin ist zu lesen: „So wird überdeutlich, daß Martine Dornier-Tiefenthaler zu den wenigen Menschen gehört, die mit Schrempp zu tun haben, ohne sich vor ihm zu fürchten oder von ihm abhängig zu sein.“ (S. 228) Man muß sich diesen Satz wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Furcht ist es also, was der Mann vermittelt, Abhängigkeit das obligate Verhältnis zu ihm.

Die anderen haben zu kuschen. Tun sie das nicht, wie etwa der ungeliebte Oberbürgermeister von Stuttgart, Wolfgang Schuster, dann macht der Kritische Aktionär sich zum Adjutanten des Chefs und putzt den Christdemokraten auf drei Seiten regelrecht runter. Oder denken wir an den armen Generalsekretär der CDU-Baden-Württemberg, der öffentlich eine Erklärung zurücknehmen mußte, weil Schrempp es einfach so wollte. Die dpa bezeichnete das folgerichtig als „Kauders Kniefall“ (S. 247). Und der Kritische Aktionär? Der freut sich: „Die Machtverhältnisse sind wieder zurechtgerückt. So schnell wird aus den Reihen der Christdemokraten keiner mehr aufmucken.“ (S. 248) Da sind sich der Autor und der Vorstandsvorsitzende als gemeinsame Vertreter von Daimler-Benz wohl einig.

Selbst der Teufel hat zu spüren, wenn Gott erscheint. Denn ein Stern leuchtet über Stuttgart. Das Verhältnis zur Landesregierung ist dementsprechend entspannt. „So soll es sein“ (S. 235), schreibt der vom grünen Funktionär zum kritischen Aktionär aufgestiegene Autor.

Der Manager

Nichtsdestotrotz oder gerade deswegen ist Jürgen E. Schrempp ein vorurteilsfreier Mensch: „Vom Standpunkt des Unternehmens aus spielen für uns Rasse, Geschlecht und Glauben keine

Rolle“ (S. 79), sagt er. Das hebt ihn durchaus positiv von einigen anderen Spitzenvertretern des Konzerns ab. Mit der Verabschiedung der auch von der deutschen IG Metall geforderten und mitgetragenen „Minimum Standards for Labour Relations“ (S. 88) gewährte der Konzern den südafrikanischen Gewerkschaftsvertretern Mitte der achtziger Jahre ähnliche Rechte wie den Vertrauensleuten in der Bundesrepublik. Obwohl Schrempp, der damalige Vorsitzende von Mercedes Benz of South Africa, kein Parteigänger des Apartheidsystems gewesen ist, führte das selbstverständlich zu keinerlei Aktivitäten, die die wirtschaftlichen Beziehungen auch nur irgendwie gefährden sollten, im Gegenteil, sogar Exportgesetze wurden von Mercedes trickreich umgegangen (S. 73). Schließlich ging es doch ums Geschäft.

Er weiß auch, wie er sich wo und wann zu verhalten hat. „In unzähligen Diskussionen hat der Daimler-Chef das passende Register gezogen.“ (S. 294) Was einen großen Kommunikator auszeichnet, das sind die auf das jeweilige Publikum zugeschnittenen Reden. Verwechseln dürfte er sie freilich nicht. Die Zuhörer bei der Friedrich-Ebert-Stiftung sind da anders zu bedienen als die Banker und Spekulanten der Wiener Börse. (Apropos Wien: Grässlin dürfte entgangen sein, daß Österreich nicht an Deutschland angegliedert wurde, folglich Wien also keine Landeshauptstadt, sondern eine Bundeshauptstadt ist.) (S. 293)

Intelligenz und Erfolg sind nicht unbedingt kompatibel. „Jürgen Schrempp überlistet Leute, die ihm intellektuell haushoch überlegen sind“, erklärt ein Schrempp-Intimus. (S. 104) Da ist mehr Wahrheit dran, als der Intimus ausdrücken wollte. Gerade der Typus des Managers verlangt anderes. Was so ein Wirtschaftsführer braucht, das ist eine instinktive Zuschlagqualität, einen Riecher, eine Schläue, die ihn vor anderen auszeichnet. Vor allem darf die sachliche Zielstrebigkeit nicht durch allerlei inhaltliche Reflexionsleistungen angekränkt sein. Das würde die Rücksichtslosigkeit hemmen, ja gefährden. Registrieren geht vor Reflektieren. Die Ignoranz gegenüber komplexen Folgen (so weit sie nicht das Unternehmen tangieren) ist geradezu ein vorrangiges Funktionsgebot.

Das kapitalistische Unternehmen kennt in letzter Konsequenz nur ein Ziel, den Profit. Dieser soll nun aber abseits vieler linker Legenden nicht angehäuft werden, sondern sich im unendlichen Prozeß der Akkumulation verwerten. Die Arbeitsplätze, die Arbeitsbedingungen, die Herstellung der Produkte, deren Qualität und Quantität, das alles ist diesem Diktat unterstellt und in seiner tatsächlichen Existenz von ihm abhängig.

Sanieren meint Wachsen nach Schrumpfen. Profite wachsen dort am besten, wo die dafür verausgabte Arbeitszeit am meisten schrumpft. Nur der Abgeschlankte ist fähig zum Fressen, nicht der

Überfettete. „Schrempp strafft, Schrempp rationalisiert, Schrempp optimiert“ (S. 176), so in der Sprache des Heldenlieds. Denn darum geht's dem Vorstandsvorsitzenden: „Gewinne wie nie zuvor einzufahren.“ (S. 18). Aber auch einige tausend Arbeitsplätze (S. 18) sind da in den letzten Jahren geschaffen worden. Neue Stellen wurden gerade erst versprochen. Und da kann doch nun gar niemand etwas dagegen sagen. Das flößt Respekt ein, läßt die meisten verstummen. Jürgen E. Schrempp ist ein Schaffender, er hat etwas geschaffen, und er schafft an.

Freilich muß man einen erfolgreichen Manager nicht nur danach beurteilen, was er in seinem Bereich an Arbeitsplätzen sichert, sondern auch danach, was er in seiner Branche insgesamt, eben durch die Ausschaltung lästiger Konkurrenz, vernichtet. Am Markt zu reussieren, ohne daß jemand zu Schaden kommt, ist unmöglich. Wenn alle Automobilkonzerne einen Schrempp hätten, könnte sich der eine Schrempp nicht so entfalten, wie er es aktuell tut. Doch, times are changing. Man denke nur an Aufstieg und Fall des einst hochgepriesenen Edzard Reuter, Schrempps Vorgänger.

Das Buch ist überhaupt eine Anti-Reuter-Schrift. Der Autor schafft es nirgendwo, seine Verachtung hinter den Berg zu halten. Diese „unterschwellig“ zu nennen wäre fast schon Schönerede, es ist vielmehr ein ständiges Pinkeln en passant, so als hätte der Kritische Aktionär selbst einige alte Rechnungen zu begleichen. Dagegen ist ja nichts einzuwenden, nur sollte Grässlin sagen, wozu es ihm geht. Die blanke Aversion fällt übel auf: „Mit dem Verweis auf seinen berühmten Vater, der es immerhin bis zum Berliner Oberbürgermeister gebracht hat, findet Edzard Reuter beim Stuttgarter Nobelkonzern Unterschlupf. Die Schrempps dagegen stammen aus bürgerlichen Verhältnissen, was keinem der drei Söhne einen Startvorteil verschafft. Jürgen muß sich erst einmal als Lehrling in Freiburg hocharbeiten.“ (S. 102)

Je finsterer es um Reuter wird, desto heller leuchtet der neue Stern am Mercedes-Himmel. Der Band lebt von diesem Vergleich, wo einer immer schlecht, und der andere immer gut wegkommt: „Reuter gilt als Hands-off-Manager, der viel zu viel delegiert und zu wenig managt. Nicht umsonst wird ihm die Fähigkeit abgesprochen, Manager und nicht nur Visionär zu sein. Ganz anders Schrempp: In Südafrika erwirbt sich der Deutsche den Ruf eines tatkräftigen, entscheidungsfreudig zupackenden Hands-on-Managers, der seine Mannschaft an kurzen Zügeln führt.“ (S. 102)

Obwohl es ein dickes Buch ist, fördert es über die Demontage des Vorgängers äußerst wenig zu Tage. Grässlin verbleibt an der Oberfläche der Konflikte. Warum etwa Reuters „integrierter Technologiekonzern“ Unsinn gewesen ist, das behält er für sich, obwohl doch gerade Vorstellung

und Kritik dieses Konzeptes von Interesse wäre. Gleiches gilt für die tatsächlich vorgenommenen Umstrukturierungen Schrempps. Oder für den Fehlschlag Fokker. Oder für den veränderten Stellenwert der Kuponschneiderei im Konzern. Vieles kommt vor, aber nichts wird so richtig abgehandelt. Die Strategie der Firma ist nicht nachvollziehbar, sie fällt wohl unter das Betriebsgeheimnis. Im Zuviel der Geschichten geht Wesentliches verloren. Nicht um Einsicht geht es, sondern um Bewunderung.

Deutsches Heldenlied

Vor uns liegt ein deutsches Heldenlied, die Saga eines Mannes, der aufgestiegen ist. Dieser Band ist nichts anderes als eine Werbefestschrift. „Das Strickmuster ist identisch: beschreiben und bewundern, analysieren und anbeten und – wo genehm – pro forma kritisieren.“ (S. 21) Wie ausgerechnet Jürgen Grässlin darauf kommt, daß das bei seinem Buch nicht zutrifft, warum das keine Hofberichterstattung sein soll, ist völlig schleierhaft. Wir vermuten bei obigem Satz eher eine billige Marketingstrategie, die sich durch die Vorwegnahme möglicher Kritik gegen ebendiese zu immunisieren versucht. „Das Grundproblem eines Biographen liegt in der Regel darin begründet, daß er von seinem Objekt der Begierde abhängig ist.“ (S. 23) Anders als er es gemeint hat, hat er mehr als recht. Grässlin gehört (zu) Schrempp. Er ist sein Vorstandsvorsitzender.

So entpuppt sich der Betrieb als Volksgemeinschaft im Kleinen. Er schmiedet Aktionäre, Wirtschaftskapitäne, Arbeiter, Angehörige, Politiker, Zulieferer und Abnehmer zusammen und läßt sie vor allen Sonderinteressen zur gemeinsamen Verteidigung der Firma antreten. Wohlgermerkt, das ist nicht als subjektiver Vorwurf an die Rollenträger zu verstehen, sondern als Kritik an der obligaten Pflicht der Beteiligten und deren marktwirtschaftlichen Grundlegungen. Daß der sicherste Standort der ist, der die anderen Standorte im Konkurrenzkampf zurückdrängen, ausschalten und vernichten kann, stört da nicht weiter. Von der sozialstaatlich geprägten fordistischen Mentalität des „Es ist für alle genug da“ ist heute jedenfalls fast nichts mehr übriggeblieben. Heute gilt: Friß oder stirb!

Wenn der Biograph das Unternehmen als „Profittempel“ kennzeichnet, dann soll diese Sakralisierung Konzern und Kapital als quasi göttliche Eingebungen installieren. Wenn das bürgerliche Gemüt Ängste befallen ob der ökonomischen Zusammenbrüche auch im Wirtschaftswunderland der Deutschen, dann ist es nötig, auf einen wie Schrempp zu verweisen, und zu zeigen: Es geht ja doch! Solch Bücher tun gut, befriedigen die auf den Starkult trainierten Fans. Schrempp ist also nicht bloß das Vorbild, sondern er ist ein gesellschaftliche Abziehbild. Wobei es freilich schon von Interesse ist, daß man ein Loblied dieser Art nur über einen „schaffenden“

Kapitalisten schreiben kann, die Mehrheit ein Ähnliches über einen Börsenspekulanten ziemlich unpassend finden würde. Gilt der eine als strahlender Held, so der andere als dubiose Figur.

Auffällig ist neben der inflationären Verwendung der Formulierung „der Deutsche“ zur Kennzeichnung Schrempps auch der oftmalige Gebrauch des Stabreims durch den Autor. Kaum eine Überschrift, die auf ihn als Stilmittel verzichtet: „Können, Kompetenz und Karrierestreben“ (S. 10), „Kapitalist auf Kollisionskurs“ (S. 302), „Feiglinge in der Fremde, Duckmäuser in Deutschland“ (S. 368), „Passiver Protest aus Pretoria“ (S. 79), „Verraten und verkauft“ (S. 277). Der Stabreim tritt – wie ein anderer Zwischentitel lautet – „im Wolfsrudel“ (S. 97) auf. Das tat er übrigens auch – als frappantes Detail am Rande sei's vermerkt – in den ebenfalls heuer erschienenen Erinnerungen Edzard Reuters: keine Kapitelüberschrift ohne Stabreim.

Nicht, daß über den Stabreim endgültig der Stab zu brechen sei. Es ist aber merkwürdig, wenn abseits ironischer und satirischer Absicht solch massiver und frontaler Einsatz ansteht. Der Stabreim ist in diesen Büchern jedenfalls deutschernst gemeint. Er trägt invasionäre Züge. Er ist die Begleitmusik eines industriellen Aufmarsches. Im Hintergrund hört man Richard Wagner. Und es ist noch nicht die Götterdämmerung.

Aber zweifellos, die Industrie ist im Krieg. An vielen Stellen dieser Schrift tritt die existentielle Auseinandersetzung um Märkte förmlich aus den Zeilen. Auch wenn das Buch als Abenteuerroman nicht so ganz geglückt ist, es knistert und lodert. Und der Mann auf der Kommandobrücke muß das Schlachtschiff durch die Stromschnellen des Marktes leiten, ohne daß eine ruhige See in Sicht wäre. Es ist die Inszenierung des immerwährenden Kampfes industrieller Heroen, dem hier demütig die Ehre erwiesen wird.

Es geht ja auch um die Zukunft von Daimler-Benz. Und diese ist – da hat Schrempp ja völlig recht – nur in der Internationalisierung des Konzerns durch Fusionen und Übernahmen möglich. Der Ausstoß bei Mercedes wird sich nur steigern lassen, wenn der Multi Konkurrenten verdrängt oder aufrißt. Daß es mit der Automobilproduktion so weitergehen kann wie bisher ist ökonomisch unmöglich und ökologisch verheerend. Folglich wird die Konkurrenz des Restes noch härter werden.

„Daß der Unterschied der Chrysler- von der General-Motors-Serie im Grunde illusionär ist, weiß schon jedes Kind, das sich fix für den Unterschied begeistert“, schreiben Horkheimer und Adorno in „Die Dialektik der Aufklärung“. Aber gerade darum geht es – und immer mehr: um die Schaffung der Illusion der Differenz durch Marke, Design, Werbung, Mode. Das Produkt selbst erzittert vor seiner Anpreisung in den Marketing-Strategien der Konzerne.

Unser Manager ist ein erfolgreicher Kuppler

betriebswirtschaftlicher Logiken in Zeiten der Globalisierung. Daimler-Benz wollte auf jeden Fall heiraten, egal wen: zuerst General Motors, das Alpha-Projekt, dann Ford, die Beta-Partie. Erst als diese Gespräche gescheitert waren, bemühte man sich intensiv um die dritte Wahl, die Gamma-Lösung Chrysler. (S.334) Was nunmehr gelungen ist. Flitterwochen sind angesagt.

Nun denn, das wäre jetzt ein etwas zu euphorischer Abschluß, daher probieren wir es noch einmal: Je mehr Unternehmen unternehmen, desto eher übernehmen sie sich, weiß eine ungeschriebene kapitalistische Erwerbsregel. So mag es schon vorkommen, daß die Fusion nur die Vor-

stufe der Konfusion darstellt, ja daß auch der Herr der Sterne verunglücken oder, wie man auf österreichisch sagen würde, einen kapitalen Stern reißen wird. Dann wird der Jammer allerdings groß sein.

Jürgen Grässlin: Jürgen E. Schrempp. Der Herr der Sterne. Droemer Verlag, München 1998, 384 Seiten

„Die Arbeiter, die eigentlichen Ernährer, werden, so will es der ideologische Schein, von den Wirtschaftsführern, den Ernährten ernährt.“ (Adorno, Negative Dialektik, S. 135)

Entweder! Also!

UNLUSTIGES ÜBER DIE FINANZIELLE LAGE DES KRITISCHEN KREISES

von Franz Schandl

Geld auftreiben und Geld eintreiben ist ein grauslich Ding. Nichtsdestotrotz, wir können nicht anders. Unsere Kontoauszüge deuten nämlich eher auf Knausrigkeit denn auf Großzügigkeit unserer Bezieher hin. So waren auch die Einkünfte bei der vorletzten (20seitigen!) Ausgabe (Nr. 2/1998) zu unser aller Überraschung rückläufig. Das ist absolut nicht zu akzeptieren. So selbstverständlich die *Streifzüge* nach Hause geliefert werden, so selbstverständlich sie gelesen werden, so selbstverständlich die Rezipienten davon etwas haben, so selbstverständlich wäre es, das alles auch zu unterstützen und abzusichern.

Zur Zeit können wir außer den *Streifzügen* aber auch schon gar nichts finanzieren: keine Seminare, keine Referenten, keine Veranstaltungen, keine Reisekosten. An Beihilfen für kleinere Projekte und Artikel ist überhaupt nicht zu denken. Obwohl, gerade bei letzteren steckt viel Mühe und Anstrengung dahinter. Die *Streifzüge* sind ein besonderes Blatt, sonst würden wir es ja nicht machen.

Also: Entweder Ihr wollt das, oder Ihr kriegt das nicht. Gleiches gilt auch für Sie. Was wir geben, liegt an uns, was wir aber brauchen, liegt an den uns freundlich gesinnten Leserinnen und Lesern. Entweder – oder! Und da wir uns eindeutig für das Entweder entschieden haben, benötigen wir nicht nur Schulterklopfen und Kopfnicken, sondern auch eine kräftige Zufütterung. In der kapitalistischen Gesellschaft funktioniert diese durch Cash. Es geht also um das „liebe“ Geld; um Ihres und Eures, das unseres werden muß. Je größer die Zahl der Beiträger und ihrer Beiträge, desto größer die Möglichkeiten des *Kritischen Kreises*, sich zu entfalten. Deswegen läuft doch schließlich der ganze

Laden. Sie und Ihr seid neben uns verantwortlich für unsere Fähigkeit zur Disposition!

Natürlich, wer nicht kann, der oder die erhält das Blatt auch weiterhin kostenlos. Es sollte uns nur mitgeteilt werden, denn die Sicherheit nach Jahren des Gratisbezuges auch weiterhin in diesen Genuß zu kommen, die wird von Ausgabe zu Ausgabe geringer. Ein Zuckerl haben wir aber trotzdem: Wer mehr als 999 Schilling an uns überweist, erhält ein Buch geschenkt. Anzubieten hätten wir den Wälzer von Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich (a); und die Taschenbücher von Gerhard Scheit: Dramaturgie der Geschlechter (b) und Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik (c). Der entsprechende Wunsch möge freundlicherweise auf dem Erlagschein angeführt werden. Wir liefern prompt und portofrei.

Immer wieder kommt es übrigens zu Unregelmäßigkeiten bei der Zusendung, die aber nicht primär auf unsere (meist objektiv bedingten) organisatorischen Unzulänglichkeiten zurückzuführen sind. Daher bitte: Den Namen auf dem Erlagschein angeben, auf keinen Fall aber diesen blau oder grün einstempeln! Da die Bank den Beleg nur als Kopie an uns weiterreicht, können wir manchmal die Adresse nicht entziffern.

Dieser offene Brief ist jedenfalls mehr als eine freundschaftliche Aufforderung zur Begleichung des beiliegenden Erlagscheines. Noch lieber wäre uns gleich eine Dauerauftrag. Ohne kontinuierlichen Zuspruch und eben auch Zufluß, ist das Projekt nicht machbar. So leid uns das als Geldkritiker tut. Wer uns will, muß schon etwas springen lassen. Wir versprechen nur das, was Sie auch halten! Damit wir Euch erhalten bleiben, erhalten Sie uns! Es ist ganz einfach. Also!

Und Redl ist ein ehrenwerter Mann

von Gerold Wallner

Mir ist ein rätselhafter Text vor die Augen gekommen. Er handelt vom Umgang mit Geschichte. Dabei bringt er Biografisches ebenso zur Sprache wie Historisches. Bezogen ist dieser Umgang mit Geschichte auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und auf Österreich und dessen Linke. Der Text ist rätselhaft in seiner Form. Sein Titel „Dank an Martin Walser“ liefert eine assoziative Folie, auf der, vielfach gebrochen die wichtigsten Themen der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft des späten 20. Jahrhunderts aufleuchten. Insofern ist der Text der Kritik würdig auf Grund seines paradigmatischen Charakters.

Bernhard Redl schreibt in der Nummer 25 der „akin“ unter dem Titel „Dank an Martin Walser“ eine Philippika gegen den herrschenden staatstragenden Antifaschismus, der bloß zu moralischer Selbstversicherung und demokratischem Konsens nütze, jede Auseinandersetzung aber mit Grund und Ursache für die skandalöse Barbarei im Zentrum der Metropole hintertreibe. Der Text hat den Untertitel „Über die Folgen pathetischer Geschichtsschreibung“ und nimmt Martin Walser zum Zeugen gegen eine manichäische Sicht auf die faschistische Vergangenheit. Die Wendung gegen den Manichäismus, also gegen die Sicht auf Gut und Böse als ewig widersetzliche, widerstrebende Prinzipien, verkörpert in Faschismus und Widerstand, erlaube es, aus der verpflichteten Selbstkasteiung und verordneten Betroffenheit, die wie ein Schibboleth präsentiert wird, endlich auszusteigen. Nicht mehr werde faschistische Verkörperung in der Geschichte der eigenen Verwandten gesucht, von denen es sich loszusagen gelte, nicht mehr werde historische Verantwortung und Schuld bis in's siebte Glied sich aufgeladen, nicht mehr werde die angenommene eigene und nie vor Ort bewiesene Tugendhaftigkeit zur Schau gestellt (cit. Redl: „Man verdrängt lieber die Tatsache, dass es nun mal in Zeiten des Wohlergehens meist einfacher ist, anständig zu bleiben, als in den Zeiten der politischen Cholera.“). Ein neuer Abschnitt in der Beziehung zur Vergangenheit tue not, der nicht mehr mit dem manichäischen Blick sich begnügt (cit. Redl: „Und schlechte Richter sind wir, wenn wir sagen: 'Diese Tat ist nicht zu verstehen, der Beschuldigte ist einfach moralisch vererbt.' Daraus wird niemand lernen.“).

Ich muss nun innehalten, um zuzugeben, dass dies alles so im Text, der ja in der Form rätselhaft ist, nicht steht. Aber es lässt sich bei wohlwollender Aufnahme daraus extrahieren. Selbst missverständliche, unglückliche oder dumme Formulie-

rungen lassen sich noch so verstehen und interpretieren. So schreibt Redl etwa: „Solange aber diese Geschichtsvorstellungen herrschen, kann man sicher sein, dass der berühmte kleine Mann von der Straße bestimmt kein differenziertes Bild dieses Landes und dieses Jahrhunderts bekommt. Und das ist für den Machterhalt sehr wichtig. Und deswegen machen wir lieber – nachdem Jahrzehnte lang geschwiegen wurde, weil da einfach noch zu viele Belastete an den Hebeln gesessen waren – auf mahnenden Antifaschismus, bis der letzte unzufriedene Jugendliche auf die Idee kommen kann, dass das vielleicht doch eine tolle Zeit war. Denn wenn eine heuchlerische Gesellschaft, die sich einen Scheißdreck um so etwas wie Volksbildung schert, den mahnenden Zeigefinger erhebt, dann begreifen viele dies – ja, eben, als Fingerzeig: 'Das sind unsere schlimmsten Feinde! Die machen unsere schöne Demokratie kaputt!' Wenn junge Menschen aber nicht mit diesem politischen System zufrieden sind, dann wissen sie dank dieser gelungenen Art von Aufklärung, wohin sie zu gehen haben. Wenn dann die VAPO marschiert, dann haben jene, die ja doch immer davor gewarnt haben, endlich eine Rechtfertigung für ihre selbstgefällige Art.“ Dies alles ist wohl der Erörterung und der Diskussion wert, und Redl bleibt bei aller Diffusion durchaus konsequent, wenn er gegen Ende seiner Polemik meint: „Eine andere möglicherweise recht hilfreiche Geschichte sind die jetzigen Forderungen der ehemaligen Zwangsarbeiter und enteigneten Flüchtlinge. Denn die Sache ist viel unangenehmer, als die Zeitgeschichtehysteriker gerne hätten. Denn hier kann nur mehr sehr schwer die Rede von 'nicht erklärbarem Wahnsinn' und ähnlichem die Rede sein. Denn während beim ganz normalen Holocaust man nur die für den Machterhalt äußerst wirksame Sündenbockfunktion ignorieren musste, sind hier massive ökonomische Gründe dingfest zu

machen. da dürfte es eigentlich nicht mehr viel brauchen, das 'Unverständliche' plötzlich sehr verständlich zu machen.“

Auch wenn dieser Absatz recht konfus daher kommt, so ist doch die Wendung, von persönlichen Schicksalen und abgeltbaren Schuldigkeiten zu sprechen, durchaus geeignet, einen demokratischen Antifaschismus auf die Probe zu stellen. Dass aber Redl wesentlich zu kurz greift, wenn er hier Angriffsmöglichkeiten auf den herrschenden gesellschaftlichen Konsens vorzufinden meint, soll in der Folge nachgewiesen werden.

Zunächst möchte ich ein paar Worte über den legitimatorischen Antifaschismus verlieren. Wenn auch vom Faschismus schweigen solle, wer vom Kapitalismus nicht reden will, so gilt dies – und hier hoffe ich, wird mir Redl zustimmen – auch vom Antifaschismus. Speziell in Österreich hat sich eine national gefärbte Spielart des Widerstands etabliert und gesellschaftsfähig gemacht, die sich darauf beschränkte, einfach gegen die Piefke zu sein. Ein nationales Raisonement mit Wurzeln, die noch weit in die Diskussion der Deutschen Frage und die Frustration der nationalen, deutschen, demokratischen Österreicher durch das Octroy der Kleindeutschen Lösung reichen, aber auch mit Wurzeln in einem Bewusstsein des besseren Deutschtums, gespeist von der Habsburgischen Römisch-Deutschen Reichstradition, konnte sich leicht schon während (aber auch schon vor) der Hitlerzeit sinnstiftend breit machen und den Boden für spätere Legenden von Widerstand und Opfer bereiten. Hier war schon ein Grund gelegt, auf dem hinfort ein neues Österreich stehen konnte, und dieser Grund war ein nationaler, an den nicht mehr gerührt werden durfte. Es ist diese nationale Durchsichtigkeit, die den Antifaschismus als Grundlage von Republik und Demokratie immer wieder fadenscheinig erscheinen lässt.

Als etwa Haider mit seinem Ausspruch von der österreichischen Nation als ideologischem Konstrukt einen Sturm im antifaschistischen Wasserglas entfesselte, so konnte eins doch in dieser Zeit Artikel finden (fragen Sie mich jetzt nicht wer sie geschrieben hat; einer, glaube ich, war von Michael Siegart, aber fragen Sie mich jetzt nicht, wo ich ihn gefunden habe), in denen beschrieben wurde, wie das Exil der Sozialdemokratischen Partei in London noch bis zur Veröffentlichung der Moskauer Deklaration die Position vertrat, der Anschluss Österreichs würde nicht rückgängig gemacht. Nur der Hitlerzeit gelte der Kampf, nicht aber sei er gerichtet gegen die vereinte deutsche Republik, die aus diesem Kampf erstehe. Und wer will behaupten, Alfred Klahrs Beweis einer österreichischen Nation (der notwendig war, um für eine korrekte antifaschistische Volksfront eine fortschrittliche Schicht einer nationalen Bourgeoisie-

sie zur Hand zu haben) wäre kein ideologisches Konstrukt? Die gleiche Beweisführung wäre ohne weiteres auf Bayern anwendbar!

Aber ich kann mich auch an Diskussionen ohne den von Haider gelieferten Vorwand erinnern, wo erklärt wurde, durchaus gegen eine versteinerte stalinistische Doktrin gerichtet, die deutsche Frage sei noch nicht gelöst. Argumentiert wurde auf der Ebene der idealtypischen Entwicklung der Menschheit von Sklaverei über Feudalismus und Absolutismus zur bürgerlichen Revolution, von da ausgehend vorwärts zu Sozialismus und Kommunismus. Und da gelte es, das Manko des deutschen Sonderwegs endlich durch eine schöne bürgerliche Entwicklung zu überwinden, damit auch vom deutschen Citoyen, von der deutschen Zivilgesellschaft gesprochen werden kann. Dieses Defizit (keine ordentliche bürgerliche Revolution vorweisen zu können, wo doch selbst die Italiener ihren Garibaldi hatten), das der Verwendung des vulgarisierten Epochenmodells des historischen Marxismus entspringt, mit emanzipatorischen Ansprüchen und Entwicklungen zu füllen, bedeutet die Überwindung der reaktionären Seite der deutschen (und mit ihr der österreichischen) Geschichte.

Wo nun aber am Ende der Argumentation frisch wieder nur die Nation steht, taucht mit ihr ihre Form der Vergesellschaftung auf mit allen Mitteln, diese Vergesellschaftung auch durchzusetzen, wovon eines die nationale Versöhnung ist. Nationale Versöhnung aber wiederum ist vor allem dort angesagt, wo der Normalzustand beschworen werden muss, wo von Sonderentwicklungen, von verlorenen Kriegen, von begangenen Verbrechen abgesehen werden soll im wohlverstandenen eigenen Interesse. Wie national diese Versöhnung ist, wie versöhnlich mit sich als Nation dabei umgegangen wird, zeigt sich etwa daran, wenn Etappenmarxismus und Wirtschaftsliberalismus gemeinsam das Klagelied von der versäumten bürgerlichen Entwicklung anstimmen und durchaus einer Meinung sind, wenn sie die Dominanz obrigkeitstaatlicher Gängelung und bündischer wie ständischer Strukturen angreifen.

Redl hat seine Attacke gegen den verordneten nationalen Antifaschismus mit dem Argument geritten, einmal müsse Schluss sein. Er wird sich dabei wohl dessen bewusst sein, wer dieses Argument noch verwenden mag. Nun bedeutet bei Redl der große Schlussstrich nicht, dass ab jetzt nicht mehr darüber gesprochen wird, dass es ab jetzt keine Schuldigen mehr gebe. Es wird darüber gesprochen, aber es gibt keine „Moralwellen“ mehr, keine „massiven Bekenntnisse“, mit denen „jetzt etwas gut(zu)machen“ wäre. Jetzt gibt es nur noch das Konkrete. Zwangsarbeiter werden entschädigt. Die Geschichte wird neu geschrieben. Und dann ist cit. Redl „sehr wohl (...) das Gefühl der persönlichen Betroffenheit gerechtfertigt – nicht nur, was die Nazis angeht, sondern

gegenüber allem, was beschissen ist auf dieser Welt.“ Es wird wohl hinfort so mit der Hitlerei umgegangen werden können, wie auch andre zivilisierte Gesellschaften mit ihrer Geschichte umgehen. Kohl und Redl jedenfalls haben die Gnade der späten Geburt, und auch Jaques Chirac wird nicht für die Grande Terreur verantwortlich gemacht. Und das Schöne daran ist ja, dass das Ganze auch noch stimmt.

Doch Redl bleibt Gefangener des nationalen Diskurses. Zwar lehnt er nationales Gedankengut in Form des konsensualen, verfassungsmäßigen Antifaschismus ab, mehr noch: er reißt diesen Antifaschismus aus seiner nationalen Umgebung, indem er ihm höhere moralische Weihen der Betroffenheit, der Einzigartigkeit (in Abstoßung von der Einzigartigkeit des Judenmords) und des Irrationalen (im Erschauern vor der Unerklärbarkeit) verleiht. Darnach wendet sich Redl gegen ihn, um an ihm zu kritisieren, dass er Welt und Gesellschaft nicht zu verbessern, keine Aufklärung zu leisten vermag (worin ihm Recht zu geben ist) und fordert ein Ende der Debatte, aus der er sich wohl auch fortstehlen will. Er will ganz normal betroffen sein über alles, was beschissen ist in der Welt. Er will sich diese Normalität nicht nehmen lassen, indem er das Argument von der Einzigartigkeit der Verbrechen des deutschen Faschismus akzeptieren muss. Doch es war immer schon Schwäche der Linken, ihre Kritik der bürgerlichen Gesellschaft an Nation und Demokratie vorbei zu entwickeln. Und wenn auch Redl nicht zu den linken Vaterlandsverteidigern vom Schlage einer KPÖ (Immer für Österreich) oder der antiimperialistischen Figuren diverser kommunistischer Bünde (die ja heute als Grüne und Wissenschaftlerinnen, als Abgeordnete und Soziologinnen für sich in Anspruch nehmen, die deutsche und mit ihr die österreichische Gesellschaft zivilisiert zu haben) zuzurechnen ist, so kann er doch nicht den Ehrentitel des vaterlandslosen Gesellen für sich in Anspruch nehmen. Denn wer vom Antifaschismus redet, spricht sofort von der Nation.

Heute kann es nur darum gehen, als Grundlage jeder kritischen Analyse und Polemik das antinationale Argument zu verbreiten. Es kann nur darum gehen, den Nachweis zu führen, dass es gute Nationen nicht mehr gibt, dass die Versprechen der Verfassungen eingelöst sind, dass die Nationen zu Entwicklung und Förderung von Wohlstand und Wissen nichts mehr beizutragen haben, dass die Berufung auf nationale Traditionen nur noch zu Lächerlichkeit oder Barbarei führen. Wenn ich diesen Nachweis führe, wird mir der Faschismus aber dann nicht mehr als Betriebsunfall, etwa als dunkle Seite der Deutschen Seele, daherkommen können. Er wird sich mir auch nicht als klassenkämpferisches Komplott der verkommensten Schichten der Bourgeoisie präsentieren können. Mit anderen Worten: wenn ich die

Nation in den Mittelpunkt meiner Kritik an der Gesellschaft stelle, sie zu meinem Ansatzpunkt der Vermittlung dieser Kritik mache, dann ist auch dem Faschismus nicht mehr erlaubt, an den Rand dieser Gesellschaft gerückt zu werden, wo er dann nachträgliche Rechtfertigungsmuster verschiedener Politikformen abgeben muss. Nein, er steht dann in Kritik und Analyse dort, wo er auch im wirklichen Leben gestanden ist: mitten im Zentrum der Metropolen. Es ist diese zentrale Stellung, diese Position im Herzen der Zivilisation, die sein Skandalöses ausmacht, die ein Stachel im Bewusstsein des bürgerlichen politischen Subjekts ist. Immer wieder wurde versucht, die Verbrechen des Faschismus zu relativieren mit Hinweisen auf die Völkermorde an Indianern und Armeniern, mit Hinweisen auf die Gefangenenlager der Briten während der Burenkriege. Aber alle Wege führen nach Rom, und die Verbrechen, die den Faschismus relativieren sollen, weisen auf nichts anderes als die Nation: die amerikanische, die türkische, die südafrikanische, und alle in der Entwicklung zum modernen metropolen Staat. Wie wir sehen, greift ein Antifaschismus, der vom Faschismus ausgeht, zu kurz. Ebenso zu kurz greift eine Kritik des Antifaschismus, die sich bloß auf eine seiner Spielarten einlässt, sich aber ihrer Sehnsucht nach geordneten Verhältnissen unbewusst ist.

Wenn ich heute die bürgerliche Gesellschaft dahingehend kritisiere, dass sie jeder Dynamik verlustig gegangen ist, dass ihre Kraft verpufft ist, dass ihre Demokratie nicht mehr mehrheitsfähig ist, dann ist in diese Kritik auch das Konzept von politischer Verständigung eingeschlossen, und damit auch antifaschistischer Tradition jeder politischen Ausrichtung. Wenn ich heute die bürgerliche Gesellschaft dahingehend kritisiere, dass sie mit ihren eigenen großen Entwürfen Schindluder treiben muss (wenn etwa an die sogenannten Reformstaaten zu denken ist, die sich ihre Verfassungen am Schreibtisch von Absolventen und Absolventinnen amerikanischer Universitäten schreiben lassen, ohne dass je eine Konstituante politisch aktiv geworden wäre; aber für das Versprechen von Aufnahmeverhandlungen mit der EU reicht es allemal noch), um den Anschein prosperierender Geselligkeit aufrecht zu erhalten, dann werde ich diesem absterbenden corpus nicht neues Leben einhauchen, indem ich seine alte Herrlichkeit noch einmal beschwöre. Und wenn ich den Konsens (auch den antifaschistischen Konsens) der Menschenrechte als Leerformel kritisiere, der die Kraft abhanden gekommen ist, wirklich für die Menschen, für alle Menschen zu sprechen, werde ich diesen Konsens nicht noch einmal beschwören, indem ich ihm einen letzten positiven Bezug zu verleihen versuche. Redl ist zuzustimmen, dass einmal Schluss sein muss, aber nicht mit der Debatte, sondern mit der Verteidigung dieser Gesellschaft, welche Form auch immer diese Verteidigung annehmen mag.

Die Rechte und ihre Gegner

THESEN ZUM STRATEGISCHEN UMGANG MIT DER HAIDEREI

von Franz Schandl

Zwölf Jahre Haider demonstrieren zwölf Jahre der theoretischen und praktischen Unzulänglichkeit all seiner Kontrahenten

These 1: Die Gegner Haiders aus dem liberalen und linken Spektrum stehen auf verlorenerem Posten: Sie bemühen sich redlich, auf etwas hinzuweisen, was ohnehin zutage liegt: Haiders Affinität zu ideologischen Denkmustern des Nationalsozialismus. Von rechtsliberal bis linksradikal gefällt man sich in der Denunziation der Freiheitlichen. Stets geht es darum, die FPÖ zu erwischen und zu überführen. Man sammelt braune Sprüche und offensichtliche Lügen, reproduziert sie bienenfleißig in Sendungen, Zeitschriften und Büchern, meint, damit sei das Wichtigste gesagt und Haider als Nazi und Faschist enttarnt.

Ganze Bände werden heute mit „Haider wörtlich“ – so ein bezeichnender Buchtitel von Brigitte Bailer-Galanda – vollgeschrieben, mit seinen Sagen, als hörten wir nicht schon genug vom freiheitlichen Führer. Objektiv tragen diese Schriften mehr zur Verbreitung der Haideri bei als zu deren Entzauberung. Ähnlich verhalten sich auch alle Magazine und Zeitungen, die ganz begierig sind, ihn zu bringen, weil er ihre Auflageziffern und Quoten erhöht. Es liegt hier also eine Synchronität vor.

These 2: Der staatstragende Antifaschismus zeichnet sich dadurch aus, daß er den Konnex zwischen Faschismus und Kapitalismus, zwischen neuer Rechter und Marktwirtschaft beharrlich ausblendet, so als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun. Haider kommt somit in den äußerst zweifelhaften Genuß, akkurat von dem abgekoppelt zu werden, was ihn hervorbringt und trägt. An ihm werden sodann nicht die Wurzeln kritisiert, sondern nur noch die Früchte. Der Diskurs über Haider ist frei vom Rekurs auf die Gesellschaft, die seinesgleichen ermöglicht. Der obligate Antifaschismus versteift sich auf Momente der Analogie. Diese reichen ihm aus, sein Urteil zu fällen. Das bequeme Denken in historischen Analogien ist es, das Haider für die gesellschaftliche Linke so verrätselt. Da werden Reprisen vernommen, während schon längst ein anderes Stück aufgeführt wird. Diese Faschismuskritik ist jedenfalls eine beschränkte. Sie verdunkelt und hysterisiert, legt eindeutig eine falsche Fährte.

These 3: Die rechte Gefahr ist keine faschistische, auch keine neofaschistische, sie ist vielmehr ein Transmissionsriemen wesensmäßiger Entzivilisierung der spätbürgerlichen Gesellschaft. Haider ist deren Speerspitze. Die Freiheitlichen sind nicht faschistisch, sondern Ausdruck postmoderner Zersetzung der marktwirtschaftlichen Demokratie. Der Faschismus ist nicht als eherne Herrschaftsvariante des Kapitalismus aufzufassen, sondern als eine besondere, historisch begrenzte Durchsetzungsform. Das Denken in historischen Analogien ist beschränkt und irreführend. Der Faschismus muß herhalten, wohin er nicht gehört. Er verstellt geradezu die Analyse dieser wirklich Neuen Rechten. Der Faschismus findet dort selektiv Eingang. Hervorzuheben ist vielmehr die diesbezügliche Diskontinuität des freiheitlichen Projekts, dem als erstes die Loslösung vom traditionellen Rechtsextremismus gelungen ist.

Die Frage ist nun die, was man mit dem Antifaschismus ausrichten kann, und das bezieht sich jetzt nicht nur auf den herrschenden, sondern auch auf den oppositionellen. Unsere Antwort ist: wenig, wenn dieser nicht eingebettet ist in eine umfassende Gesellschaftskritik; bzw. gar nichts, wenn dieser Marktwirtschaft, Freiheit und Demokratie affirmiert. Solch Antifaschismus taugt nicht, sein banales Contra mag ehrenhaft sein, letztlich jedoch leistet er einen unfreiwilligen Beitrag zum Aufstieg Haiders, da sein Dafürsein Haider indirekt unterstützt. Mit ihm ist der Kampf gegen die rechten Bedrohungen in keiner Weise wesensmäßig erfaßt. Er zentriert falsch.

Expliziert sei das an dem Buch von Brigitte Bailer Galanda und Wolfgang Neugebauer, „Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich“:

Die vorliegende Untersuchung fragt nicht etwa „Was ist Haider?“, sondern: „Entspricht Haider unserem Raster von Rechtsextremismus?“ Und siehe da, er paßt rein, zu allen Kriterien lassen sich entsprechende Zitate finden. So folgt die Schablone nicht dem Gegenstand, sondern der Gegenstand der Schablone. Ein hervorgehobener Moment wird zur einzigen Grundlage einer umfassenden Einschätzung. Die Analyse erschöpft sich fortan in einfachen

Analogieschlüssen, anstatt den Aufstieg der Haideri wirklich in Beziehung zur gesellschaftlichen Entwicklung zu setzen.

Wobei dieser Raster, d.h. die von Holzer vorgeschlagene Rechtsextremismus-Definition, letztlich keine substantielle Begriffsbildung bietet, sondern eine phänomenologische Aufzählung, die sich nicht um ihren Zusammenhang kümmert. Die vorgegebenen Bestimmungsstücke suchen ihre Entsprechungen. Mit ganz wenig Nachhilfe könnte man auch Schröder und Blair, Schlögl und Matzka hier unterbringen. Das Fatale an dieser Definition ist, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation und ihre Formprinzipien gar nicht erst angesprochen werden. Demokratie, Konkurrenz, Marktwirtschaft, Erwerbsfreiheit etc. bleiben ausgeklammert. Es wird so getan als seien die angesprochenen Erscheinungen ideologische Konstrukte, nicht in Kapital und Nation grundgelegt.

Ich vermag auch nicht zu erkennen, wie Haider die FPÖ konsequent zum Rechtsextremismus geführt hat, viel eher ist davon auszugehen, daß Haider das gesamte Arsenal des gesunden Menschenverstandes zu einem anschlussfähigen und attraktiven Gebräu vermischt hat, das wohl auch rechtsextreme, ja faschistische Aspekte kennt, ohne allerdings in diesen aufzugehen. Die Autoren versuchen Haider jedoch in einem Eckdingfest zu machen, das er wohlweislich zwar besetzt hält, das aber nicht sein einziges, ja hauptsächliches Territorium darstellt. Methodisch handelt es sich um eine unzulässige Engführung des Erkenntnisobjektes.

In diesem Buch wird überhaupt viel geschwiegen: Nichts, aber auch schon gar nichts findet sich über das Styling der freiheitlichen Proponenten, allen voran Haider selbst, dessen erfolgreiche Auftritte in Discos und Bierzelten. Kein Wort über die spezifisch postmoderne Inszenierung Haiderischer Politik. Auch eine Aufarbeitung der Unternehmungen der FP-Granden und deren Charakter (in doppeltem Sinne) suchen wir vergebens. Galanda/Neugebauer müssen schon Scheuklappen tragen, um das alles zu übersehen.

Daß vom Kapitalismus nirgends die Rede ist, braucht wohl in diesem Zusammenhang nicht

mehr eigens erwähnt zu werden. In dieser Schrift existiert er nicht. Daß Haider etwas mit der Globalisierung, mit dem steigenden Konkurrenzdruck, der zunehmenden Arbeitslosigkeit, den Migrationsbewegungen, dem Sozialabbau, dem Kampf um den Standort zu tun haben könnte, darüber erfahren wir nichts. Man will das partout an Haider nicht wiedererkennen, obwohl er doch der entsprechende Spiegel marktwirtschaftlicher Demokratie ist. Haider bringt den Bürger auf seinen größten Punkt.

These 4: Haider und der Nationalsozialismus, das ist kein prinzipielles Bekenntnis, weder offen noch verdeckt, sondern ein taktisches Verhältnis. Seine Ansichten sind nicht ewiggestrig, sondern selektiv zugreifend. Sein Kapitalismus kann zu gar keinem Faschismus mehr werden, wenngleich das alles andere als ein Trost sein soll. Haider ist nämlich nicht gefährlich, weil er ein Faschist ist, sondern weil er *kein* Faschist ist. Haider's Extremismus kommt also nicht von rechts, sondern aus der gesellschaftlichen Mitte. Seine Rolle ist nicht die des revitalisierten Nazi, sondern die des durchgedrehten Demokraten.

These 5: Das Repertoire des obligaten Anti-Haiderei ist erschöpft. Eine letztklassige Variante in Wissenschaft und Publizistik hat jetzt den F-Führer übrigens als „Leninisten“ (Anton Pelinka) und als „Kommunisten“ (Micheal Maier) enttarnt. Wenn schon sonst nichts gegen den Mann wirkt, vielleicht bringt es der altbekannte Antikommunismus. Die Erbärmlichkeit ist offensichtlich. Dieser Antifaschismus pfeift aus dem letzten Loch, analytisch und strategisch. Das sollte allerdings kein Grund zur Schadenfreude sein, vor allem wenn man bedenkt, daß es keine effektiven linken Alternativen dazu gibt.

These 6: Der landläufige Antifaschismus ist abgelaufen: analytisch ist er blank, strategisch perspektivlos. Er lebt in seinen Retrospektiven, die er unreflektiert in die Gegenwart und Zukunft verlängert. Antizivilisatorische Bedrohungen kann er sich immer bloß als Restauration vorstellen. Er ist in der Defensive, nicht nur politisch, sondern auch inhaltlich. Er verkörpert Empörung statt Erklärung, Denunziation statt Kritik, Abwehr statt Angriff, Vergangenheit statt Zukunft, Überführung statt Untersuchung, Langeweile statt Originalität. In den unzähligen Haider-Debatten hat er in seiner Ohnmacht nur gezeigt, was er ist: hilflos, ratlos, harmlos.

P.S.: Ab der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir einen schriftlichen Dialog zwischen Gerhard Scheit und Franz Schandl, der verschiedene Aspekte des Haider-Phänomens genauer unter die Lupe nehmen wird.

Thesen zum »Führertyp der demokratischen Volksgemeinschaft«

von Gerhard Scheit

aus den Statements von Gerhard Scheit und Franz Schandl zur Podiumsdiskussion *Haider und die Freiheitlichen* im Neuen Institutsgebäude der Uni vom 24. 11. 1998 anlässlich der Präsentation von *Weg und Ziel* 4/1998

Vor einer Woche fand hier, im selben Raum, ebenfalls eine Veranstaltung über Haider und die FPÖ statt. Der Haider-Bestseller-Autor Scharsach hat dabei die Haider-Partei mit der NSDAP vor 1933 nicht eigentlich verglichen, sondern gleichgesetzt; die Historikerin Kohn-Ley hat dem entschieden widersprochen und gesagt, Haider habe mit Hitler und dessen Erlösungsreligion nichts zu tun, Haider sei nur eine lächerliche Figur. In einem Fall wurde eine völlige Identität zwischen Hitler und Haider konstruiert – mit dem einzigen Unterschied, daß Haider noch nicht so kann wie er will; im andern Fall wurde die absolute Wesensverschiedenheit proklamiert zwischen dem totalitären System mit seinem Führer Hitler und der Demokratie mit ihrem Hanswurst Haider.

Was Franz Schandl und mich betrifft, so eintr uns, daß wir beiden Positionen widersprechen – die eine so falsch wie die andere finden. Allerdings stimmen wir beide auch nicht in allem überein. In der Einladung zu dieser Veranstaltung wurden unsere Thesen etwas durcheinandergemischt. So würde ich nicht wie Franz Schandl sagen: Haider sei kein Faschist – und gerade darin bestehe seine Gefährlichkeit. Sondern ich würde eher sagen: *Abgesehen davon, daß Haider ein Faschist ist, ist er zugleich dessen Gegenteil: ein Demokrat.*

Ich möchte also Haider beim Wort nehmen, wenn er sich einerseits zur Volksgemeinschaft bekennt und andererseits zur Demokratie – und behauptet: *Haider verkörpert – ähnlich Berlusconi in Italien – den Führertypus einer neuen Form von Demokratie und einer neuen Form von Volksgemeinschaft – eben der demokratischen Volksgemeinschaft: einer spezifisch postfaschistischen Form der Demokratie, die ihren Referenzpunkt in der nationalsozialistischen Versöhnung von Kapital und Arbeit hat – einen Referenzpunkt, der jedoch erst in der Krise, am Ende der Wirtschaftswunderszeit, also spätestens heute, wieder Bedeu-*

tung für die postfaschistische Demokratie bekommt. D.h. wir sind heute dem Nationalsozialismus viel näher als die Demokratie der fünfziger und sechziger Jahre. Darum auch vielleicht die vielen Gedenk- und Bedenkveranstaltungen, weil man die Nähe spürt und sich heftig abzugrenzen versucht.

Allerdings – und dies unterscheidet unsere heutige Situation von der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft – *der Referenzpunkt kann nicht mehr erreicht werden, er erscheint vielmehr als archimedischer Punkt der postfaschistischen Demokratie; die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ – von der Haider öffentlich schwärmt, und nach der sich viele heimlich sehnen – wird niemand machen können, dazu sind – so wie ich es sehe – die Individuen als Geldmonaden und Arbeitskraftbehälter bereits viel zu sehr vereinzelt, die Staaten als Standorte und Märkte viel zu sehr verflochten. Wer sollte also den Arbeitern die Sorge um den Verkauf ihrer einzigen Ware abnehmen, wie dies der NS-Staat getan hat, indem er die allseitige Vernichtung organisierte? Welcher Staat wäre in der Lage, Arbeits- und Kaufkraft seiner Bevölkerung zu verstaatlichen, Lohn- und Preisstops durchzusetzen und mit dem Wechsel auf künftige Beutezüge ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu finanzieren? Eine Beute, auf die ein solcher Wechsel ausgestellt werden könnte, gibt es nirgendwo mehr zu holen. Der größten Beute wird in einem fiktiven Raum – auf den Finanzmärkten – hinterhergejagt.*

Was hingegen als demokratische Volksgemeinschaft begriffen werden könnte, wäre eine Art Verinnerlichung oder Subjektivierung: *der Referenzpunkt wird in jede einzelne Geldmonade eingesenkt. Da der Staat nicht imstande ist, die Individuen der Sorge um den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft zu entheben, muß jedes einzelne Individuum in sich selbst und für sich selbst tun, was der nationalsozialistische Staat einst für alle tat: den Wert*

seiner Arbeitskraft mit der Zugehörigkeit zur Nation absichern. Und dieser, auf Selbsttätigkeit angewiesene Vorgang dürfte das Geheimnis der neueren, demokratischen Volksgemeinschaft ausmachen. An die Stelle der Beschwörung der Sozialpartnerschaft, die sich noch an zwei verschiedene Klassen richtete, tritt der Appell an jeden einzelnen, sich für den „Standort“ zu engagieren. Der Bürger ist angehalten, die Sozialpartnerschaft in sich selbst zu verwirklichen, Kapital und Arbeit wie die zwei Seelen in seiner Brust zu versöhnen.

Die Verinnerlichung und Individualisierung der Volksgemeinschaft, die heute stattfindet, läßt sich konkret auch an dem in den letzten Jahren immer intensiver diskutierten Thema der „Sterbehilfe“ ablesen. Von den Nazis als staatliches Programm in Angriff genommen, um die eigene 'Rasse' 'höherzuzüchten', wird die sozialdarwinistische Selektion heute demokratisch neu organisiert: jeder sein eigener Staat. Es wird dem einzelnen überlassen – dem einzelnen Behinderten oder der zukünftigen Mutter eines möglicherweise Behinderten oder dem einzelnen 'unheilbar' Kranken und dessen Verwandten – zu erkennen, daß es sich bei ihm selbst oder bei seinem Kind oder Verwandten um 'unwertes Leben' handelt (und im Sinne des zu realisierenden Werts der Ware Arbeitskraft handelt es sich tatsächlich um unwertes Leben); der Druck, der dem einzelnen diese 'Erkenntnis' vermittelt, geht nun nicht mehr wie früher unmittelbar vom Staat aus, vielmehr schafft der Staat nur die Bedingungen, unter denen der einzelne seinen Wert nach den am Arbeitsmarkt herrschenden Standards taxieren soll. Die Vernichtung des Wertlosen – wertlos immer im Sinne des Kapitals verstanden – wird nicht autoritär durchgesetzt, sondern sollte nach Möglichkeit von jedem einzelnen Betroffenen bejaht werden. Eine Gesellschaft von potentiellen Selbstmördern, von Menschen, die stets zum Suizid bereit sind, sobald sich ihre Wertlosigkeit herausstellt: das ist das neue Ideal, das die demokratische Rassenhygiene bereithält.

Solche Subjektivierung der Volksgemeinschaft produziert einen neuen Führtypus, der sich als Gegenpol zu den Parteiapparaten begreift und ein unmittelbares Verhältnis zum 'Volk', zu den 'Bürgern' beansprucht. Dieser Typus vermag die direkte Demokratie gegen die Mechanismen der formalen Demokratie nur darum zu mobilisieren, weil die Medien dafür den Boden bereiten – einerlei, ob diese ihm nun kritisch oder apologetisch gegenüberstehen. Durch die Warenform, die jede politische Information annimmt, wird sukzessive jene Distanz zurückgenommen, die in Form von Parlament, Ausschüssen, Parteiapparaten und anderen zwischen Bevölkerung und Exekutive geschalteten Institutionen geschaffen worden ist – eine Distanz, die es immer wieder auch erlaubt hat, gewisse

Möglichkeiten einer Erziehungsdiktatur zu realisieren (etwa wenn Bruno Kreisky die Frage der Todesstrafe explizit von einer Volksabstimmung ausgeschlossen hat). Solche Möglichkeiten setzten allerdings eine relative Unabhängigkeit von Parlament, Ausschüssen und Parteien voraus, die eben durch die Medialisierung, die Warenform der Information, schrittweise liquidiert wird.

Haider weckt, organisiert und beschleunigt die Selbsttätigkeit, die Rassismus und Volksgemeinschaft heute erfordern. Sein ganzes Auftreten ist von dieser Funktion bestimmt: Im Unterschied zur alten nationalsozialistischen Rhetorik mit ihrem endlosen Redeschwall und ihrem hysterisch-beschwörendem Tonfall genügen Haider stets einige spitze Bemerkungen und eindeutige Anspielungen, z.B.: „Wenn man heute an einer Baustelle (...) vorbeigeht und dort die Ausländer bis hin zu Schwarzafrikanern Ziegel schneiden und tragen sieht, dann denkt sich der österreichische Bauarbeiter schon etwas.“ Eben damit sollen die Weißösterreicher motiviert werden, den Fetisch von Kapital und Nation durchaus selbständig weiterzudenken. Haider stachelt eher an, als in Trunkenheit zu versetzen. Er hat auch meist keine Massen vor sich, sondern nur das Mikrofon und die Kamera der Journalisten.

Wie die medialen Auftritte und Statements von Haider sich von den Massenkundgebungen und Schauspielkünsten der Nazis abheben, so unterscheiden sich auch die Partei, die er formiert, und der Staat, den er anbietet, von NSDAP und Drittem Reich: *Wenn er immer wieder einen „schlankeren Staat“, eine „Verschlangung des Staates“, fordert und in Aussicht stellt, so ist darin nicht allein eine seiner taktischen Anleihen beim Neoliberalismus zu sehen, sondern ein durchaus neues politisches Konzept: der schlankeste Staat ist die Verbrecherbande.*

Tatsächlich bietet die Partei Haiders in ihrer inneren Struktur wie in ihrem öffentlichen Auftreten, in der politischen Aktion wie in der Physiognomie ihrer Protagonisten – mitsamt den in letzter Zeit grassierenden Finanzaffären – eine perfekte Illustration für die These, daß sich Staat und Gesellschaft mehr und mehr in Gangland verwandeln, das von rivalisierenden Banden oder Rackets beherrscht wird. Dabei handelt es sich freilich zunächst nur um Analogien, die sich im einzelnen feststellen lassen – die Trennung zwischen rechtsstaatlichem und kriminellem Raum aber nicht aufheben.

Zwischen der erhöhten internationalen Flexibilität des Kapitals und der weiterbestehenden nationalstaatlichen Fixierung der Arbeitskräfte tut sich eine Schere auf. Und die Transformation der Partei alten Typs in eine Bande neuen Typs ist gewissermaßen der Versuch, Flexibilität des Kapitals und Fixierung der Arbeitskräfte neu zu vermitteln. Gerade dies aber heißt, den Rassismus zu

intensivieren: der nationale Schutz des Arbeitsmarktes ist von umso größerer ideologischer Bedeutung, je mehr das Kapital nationale Grenzen real überwindet.

Nationalismus und Rassismus markieren jedoch zugleich den Punkt, an dem die Analogie zwischen den öffentlich und legal agierenden, politischen Banden und den ganz gewöhnlichen, im Geheimen operierenden, rein kriminellen Gangs falsch wird. Die Analogie ist, von diesem Punkt aus gesehen, nicht nur eine Verkürzung, sondern auch eine Verharmlosung.

Bei einer politisch-ideellen, nationalistischen Bande handelt sich um eine Organisation mit einer in höherem Grade fetischisierten Zusammensetzung, und auf dieser Basis können Terror und Vernichtung über die rationale Mittel-Zweck-Logik rein krimineller Taten hinausgehen – sobald nur einmal der rechtsstaatliche Rahmen gesprengt ist. Der Mythos eines Bandenführers ist harmlos im Vergleich zu dem eines nationalen Führers, mag dieser – den Fetisch Nation abgezogen – auch nur eine Bande anführen.

Bande ist also nicht Bande, wie auch Auflösung und Spaltung des Gewaltmonopols in Jugoslawien und Albanien nicht mit dem Strukturwandel des Parteiensystems, der Transformation der Demokratie in den rechtsstaatlichen Verhältnissen von „Schengenland“ gleichzusetzen sind. Das Problem liegt vielmehr darin, daß es der heutigen Demokratie gelingt, solche Tendenzen zu integrieren, die außerhalb der geschützten Metropolen das Gewaltmonopol unterminieren. So transformiert Haider die Strukturen von Banden einstweilen in rechtsstaatliche Instrumente der direkten Demokratie; so gefährdet die reale Existenz „national befreiter Zonen“, die von Neonazi-Banden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR errichtet worden sind, nicht unbedingt das Gewaltmonopol, kann vielmehr sogar als eine Art Outsourcing des Staats begriffen werden.

Bürgerliche Demokratie oder zivile Gesellschaft erscheint den politisch Agierenden und ihren Zuschauern noch immer als ein Aggregat mit zwei Polen, links und rechts, und einer Mitte als undefinierbarem Übergangsfeld. Aber diese Gesellschaft funktioniert seit längerem bereits nach anderen Gesichtspunkten: sie wäre darin eher als ein Kontinuum der Volksgemeinschaft zu beschreiben. In diesem Kontinuum, das sich nicht zwischen links und rechts spannt, sondern zwischen mehr oder weniger national, zwischen Verfassungspatriotismus und Abstammungspatriotismus, *jus soli* und *jus sanguinis*, ist die Linke, die für höhere Ausländerquoten votiert, bloß weniger extrem – nicht anders als derzeit die große Industrie, die man dem rechten Lager zuordnet. Hier also – in gewisser Weise wirklich „jenseits von rechts und links“ – wäre Haider zu verorten: freilich ganz vorne an der Spitze der rassistischen Volksgemeinschaft.

Die Abstraktion auf der Anklagebank und die Ontologie als Entlastungszeugin

EINE KLEINE REPLIK AUF DIE REPLIK VON KARL REITTER

von Gerhard Scheit

In seiner Kritik an einem Artikel von Alex Gruber über „Totale Vergleichbarkeit“ (Streifzüge 2/1998), formuliert Karl Reitter in den letzten Streifzügen (3/1998) einige Essentials, die für den Umgang mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie nicht untypisch sind und darum ihrerseits eine Replik verdienen. Es handelt sich um Essentials im emphatischen Sinn, denn Reitter sucht zuletzt sein Heil in der Ontologisierung des Gesellschaftlichen: „Wie wär's, wenn wir endlich die heilige Kuh des klassenlosen Paradieses schlachten würden, und uns darauf besinnen, daß in jeder bisherigen und zukünftigen Gesellschaft Haß, Neid, Konkurrenz und Machtsucht existieren und existieren werden.“ Hier wird nicht vorgeschlagen, eine heilige Kuh zu schlachten, sondern eine zu füttern: die alte heilige Kuh des Ewig-Allgemeinmenschlichen, dem Haß, Neid, Konkurrenz und Machtsucht eigen sind wie dem wirklichen Menschen Arme, Beine, Herz und Lunge.

Diese Kuh jedenfalls hat Marx eigenhändig geschlachtet. Seine Kritik ist vom Gedanken einer negativen Anthropologie getrieben, der ungefähr lauten könnte: Was der Mensch ist – oder sein könnte, läßt sich nicht sagen, dafür aber, was Menschen unter bestimmten Bedingungen waren und sind. Hinter jedem behaupteten ewigen Sein entdeckt er gewordene und veränderte und veränderbare gesellschaftliche Verhältnisse, hinter jedem Resultat ein Gewordensein, das selbst auf keinen Urknall, sondern wiederum etwas Gewordenes zurückgeht. Das ist die Bewegung seines Denkens, die sich nur manchmal bei irgendeiner kleinen Ontologisierung (wie bei jenem „naturwüchsigen Gemeinwesen“, das Reitter zu Recht moniert!) oder auch einer größeren (die Arbeit!) Ruhe gönnt. Denn es ist nicht unbedingt eine angenehme Aufgabe, diese Negativität zu entgrenzen, statt sie – wie Hegel – als Beamten beim preußischen Staat unterzubringen. Wo bleibt das Positive Herr Marx? – fragten darum auch die Leninisten und Sozialdemokraten.

Es handelt sich aber um eine Art marxistische Schuldumkehr, wenn man Marx anlastet, was Leninisten, Sozialdemokraten oder gar Pol Pot ihm angetan haben. „Die Aufhebung der Entzweiung in Citoyen und Bourgeois“, so Reitter, führe Marx „letztlich zur Konzeption einer Gesellschaft ohne Institutionen, zu einer institutionslosen Gesellschaft, die er in grausige Formeln wie die 'freie Assoziation freier Individuen' kleidet.“ Ob Marx' Forderung, die Trennung von Citoyen/Bourgeois aufzuheben, zu einer „institutionslosen Gesellschaft“ führt, wäre erst zu klären, wenn geklärt ist, was „Institutionen“ sind. Und zunächst einmal wirft die Kritik, soweit sie Marx tatsächlich vom Standpunkt der Abschaffung übt, die Frage auf, was der Staat und das Kapital ist, und was in diesem Zusammenhang Institutionen sind – und er läßt durchaus offen, was Institutionen in anderem Zusammenhang vielleicht sein können. Wird Marx nicht als Ingenieur eines imaginären Staats, sondern als Kritiker des realen Staats verstanden, wäre vermutlich wirklich eine Vermittlung mit der politischen Theorie Hannah Arendts, die Reitter gegen Marx mobilisiert, möglich und sinnvoll. In jedem Fall aber wäre es sinnvoller und den Vorzügen der Marxschen Methode adäquater, in der Marxschen Kritik nicht fertige Antworten und politische Programmatik, sondern Problem- und Fragestellungen zu suchen.

Denn wenn die staatliche Assoziation verstaatlichter Individuen, die Marx als Legitimationsideologie verwendet hat, etwas zeigen konnte, dann, daß die Erkenntnisse von Marx zur Ontologisierung nicht viel taugen – und die

Ontologie ist soetwas wie der Stellvertreter des Staats in der Philosophie. Reitter versucht in seinem Artikel eigentlich noch immer in guter alter marxistischer Tradition die Marxsche Kritik in eine Ontologie für Philosophen und in ein Programm für einen Staat zu verwandeln und wundert sich hernach, daß dabei nur „Unsinn“ herauskommt (wie etwa die „Gesellschaft ohne jede vermittelnde Instanz“, die „Abschaffung der Sprache“, die Reitter Marx unterstellt, um sie zu perhorreszieren).

Grausig ist umgekehrt die Gleichheitsformel, die Reitter in aller Abstraktheit und Unschuld der Suggestivfrage formuliert: „Gleichheit, in welcher Hinsicht auch immer zu proklamieren, bedeutet zwingend die Abstraktion von den Besonderheiten. Was soll daran repressiv sein?“ Gleichheit, in welcher Hinsicht auch immer zu proklamieren? In welcher Hinsicht auch immer? Gegen solche Barbarei der Gleichheit, mag sie nun unbewußt – hinter dem Rücken der Beteiligten – sich durchsetzen wie in der freien Welt des Kapitals oder bewußt und stümperhaft herbeimanipuliert werden wie einstmals im Staatskommunismus, wäre auf einen Begriff des Kommunismus zu rekurrieren, wie ihn etwa Walter Benjamin eher beiläufig formuliert hat (und vermutlich nur beiläufig läßt sich über Kommunismus ernsthaft etwas sagen) – er setzt allerdings die Abschaffung des Werts wie auch des Staats voraus, ohne daraus irgendetwas anderes zu folgern, als die Chance, das Unerträgliche zu beenden. Zu einem, der den Kommunismus als „Menschheitslösung“ begriff und darum nicht annehmen wollte, sagt er: „Aber es handelt sich ja eben darum, durch die praktikablen Erkenntnisse desselben (des Kommunismus) die unfruchtbare Präntension auf Menschheitslösungen abzustellen, ja überhaupt die unbescheidene Perspektive auf 'totale' Systeme aufzugeben, und den Versuch zumindest zu unternehmen, den Lebenstag der Menschheit ebenso locker aufzubauen, wie ein gutausgeschlafener, vernünftiger Mensch seinen Tag antritt.“

Nr. 27 Winter 1998 BAHAMAS

Wir sind alle Individuen

Kosovo: Ethnien im deutschen Völkerrecht – Walsers Mahnmal-Bashing – Kritik deutscher Mentalitätsgeschichtsschreibung – Antideutsche Ressentiments und Jean Améry – Mißlungene Kritik am Schwarzbuch – Was Fakt ist, bestimmt die Theorie – Arbeit, Ehre, Dienst und Zwang u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskauf/Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

Streifzüge

Medieninhaber: Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien **Herausgeberin:** Context – Initiative für freie Studien und brauchbare Information, A-1140 Wien **Redaktion:** Stephan Grigat, Patrizia Gruber, Franz Schandl, Gerhard Scheit, Günter Schneider, Gerold Wallner, Maria Wölflingseder und Robert Zöchling **Produktion:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Telefon 535 11 06, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Fa. Melzer, Kirchengasse 48, 1070 Wien

Marxismus und Obskurantismus

von Stephan Grigat

Was die Linke heute braucht, ist nicht die Fortsetzung ihrer begriffslosen Praxis, sondern die Re- und Neuformulierung einer radikalen Gesellschaftskritik. Zu den wenigen Linken, die das „Kapital“ nach wie vor als Quelle der Erkenntnis schätzen, gleichzeitig aber versuchen, die Marxschen Gedanken weiterzuentwickeln, gehört Walter G. Neumann, der sich vorgenommen hat, einen umfassenden Kommentar zum Marxschen Hauptwerk zu verfassen. Neumann war beim Sozialistischen Büro und bei den Grün-Alternativen in der BRD tätig und zeitweise an der Uni Hannover beschäftigt. Aufgefallen ist er vor allem durch seine unglaubliche Textproduktion. In den letzten 18 Jahren hat er ungefähr vierzig Bücher und Broschüren geschrieben, die jedoch kaum beachtet wurden, was bei ihm zu einem gewissen, gerne zur Schau gestellten Selbstmitleid geführt hat. Neben der Radikalität von Neumann, der sich selbst als „revolutionärer Marxist und Psychoanalytiker“ bezeichnet, liegt ein Grund für dieses Ignorieren vermutlich in dem an Angeberei und Selbstüberschätzung grenzenden Selbstbewußtsein des Autors, der für sich reklamiert, über das „von Hegel sogenannte absolute Wissen“ zu verfügen, und der seinen ersten Band des Kommentars zum Marxschen „Kapital“ – der zweite und dritte liegen ebenfalls schon vor – für die erste umfassende Darstellung dieses Werkes hält. Ein weiterer Grund für die bisherige weitgehende Mißachtung von Neumanns Schriften dürfte in seiner eigenwilligen Art der Theoriebildung und seinen häufig – um es vorsichtig auszudrücken – überraschenden Schlußfolgerungen liegen. Dennoch haben seine Bücher einiges zu bieten.

Als seinen einzigen Lehrer bezeichnet Neumann Hans-Jürgen Krahls. Das läßt für seine Ausführungen einiges erwarten, gehören doch die Schriften Krahls im Vergleich etwa zu den Äußerungen des national gesinnten Dutschke und der Kohorten ehemals revolutionärer und nun links-reformistischer oder auch rechter Alt-68er mit Abstand zum Besten, was von der Studentinnen- und Studentenbewegung geblieben ist. Der Einfluß Krahls ist bei Neumanns „Kommentar“ durchaus erkennbar. Wie schon der Theoretiker der Studentinnen- und Studentenbewegung weist Neumann auf die Wichtigkeit der Unterscheidung von Tauschwert und Wert in der Marxschen Theorie hin. Großen Teilen der Lin-

ken erteilt er implizit eine berechnete Absage, indem er „Gleichheit“ nicht als Wert begreift, für den man eintreten müßte, sondern als „ein Abstraktionsprodukt von realer, wirklicher Ungleichheit der Produkte und Menschen.“ Anders als in den meisten links-sozialdemokratischen oder marxistisch-leninistischen Marx-Interpretationen, sieht Neumann in den Marxschen Kategorien keine positivistisch zu wendende Theorie der Gesellschaft und schon gar keine Anleitung zum Aufbau des Sozialismus, sondern behandelt die Marxschen Begriffe unter dem Aspekt ihrer Aufhebbarkeit. Wie schon Marx, will Neumann Geld, Wert und Staat nicht anders gestalten oder nutzen, sondern abschaffen. Weder ist Neumann wertfetischistisch und staatsapologetisch noch findet sich bei ihm die in der traditionellen Linken obligatorische Ontologie von Arbeit und Politik.

Einiges hat Neumann vom schlechten Erbe der traditionellen Linken dennoch übernommen. Beispielsweise formuliert er, wie schon viele marxistische Theoretikerinnen und Theoretiker vor ihm, eine Zusammenbruchstheorie und läßt sich dazu hinreißen, zeitliche Voraussagen über die Errichtung des Kommunismus abzugeben. Die „gegebenen ökonomischen und ökologischen Verhältnisse“ würden „aller Wahrscheinlichkeit nach nach dem Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts“ zusammenbrechen“ und die neue Gesellschaft, „die neue Prawda und Commune“, werde „in 20, 30 Jahren verwirklicht sein.“

Neumanns Orientierung an Krahls wird auch in seiner Gebrauchswertbestimmung deutlich. Er schreibt: „Der Gebrauchswert führt (...) nach Marx ein außerökonomisches Dasein.“ Weiter führt er aus, daß die Gebrauchswerte verschwinden werden, womit er ebenfalls in der Tradition des früh verstorbenen Theoretikers der 68er-Bewegung, nach dessen Ansicht die Gebrauchswerte durch das Kapitalverhältnis „gewaltsam annektiert“ und „ruiniert“ werden, steht. Die doppelte Bestimmung des Gebrauchswerts, wonach dieser einerseits zwar hinsichtlich seiner „stofflichen Seite“ jenseits der Ökonomie liegt, andererseits aber als Träger des Tauschwerts unmittelbarer Bestandteil der Ökonomie und ihrer Kritik ist, wie Marx in den „Grundrissen“ ausgeführt hat, und daß demnach der Gebrauchswert zumindest in seiner Funktion als Träger des Tauschwerts nicht verschwinden oder

absterben kann, findet bei ihm keine Beachtung.

Das Hauptanliegen von Neumann besteht darin, „die Psychologie, die das Herzstück der Marxschen Theorie“ bilde, darzustellen. Würde er damit die Marxsche Fetischtheorie meinen, die – so man Psychoanalyse als eine Form von Ideologiekritik begreift – durchaus als psychoanalytisches Element der Marxschen Theorie begriffen werden kann, könnte dabei Vernünftiges herauskommen. Neumann geht es aber um etwas völlig anderes. Er erfindet eine Art psychoanalytischer Geldtheorie jenseits der Werttheorie, wenn er schreibt, das Geld respektive Gold werde „nicht deshalb zum Wertmaßstab, weil es, wie Marx und die NationalökonomInnen meinten, selten ist, sondern weil es den sinnlichen Glanz des Phallus symbolisiert.“

Psychoanalytische Ansätze sind im Marxismus oft vorschnell abgetan worden, so daß man gegenüber Leuten wie Neumann vorsichtig agieren sollte. Dennoch ist Neumanns Versuch, Gebrauchswert, Tauschwert und Wert in Beziehung zu Freuds 3-Stadien-Theorie zu setzen zwar nicht uninteressant, aber so, wie Neumann diesen Zusammenhang konstatiert, nur schwer nachvollziehbar. Ebenso bleibt völlig im Dunkeln, wie seine mehrmalige Behauptung, Jesus sei ganz sicher homosexuell gewesen, eine kritische „Kapital“-Interpretation voranbringen soll. Besonders problematisch werden seine Versuche, die Marxsche Werttheorie mit der Freudischen Psychoanalyse und Sexualitätstheorie zusammenzubringen, wenn er die gleichgeschlechtliche Liebe als Entsprechung des Äquivalententauschs definiert und sie somit dem Abzuschaffenden zuschlägt. Nach Neumanns Ansicht werden Menschen erst „unter dem Druck der Leistungsgesellschaft in gesamtgesellschaftlichem Maßstab vermehrt latent homosexuell.“ Einerseits schreibt er, daß nicht Jesus, der ihm als Synonym für Homosexualität gilt, leben muß, „sondern die Liebe“, die demnach nur heterosexuell sein kann, meint aber andererseits nur eine Seite weiter, daß „wahre“ Liebe gleichgeschlechtliche Liebe (ist).“

Bei allem Respekt vor der Radikalität Neumanns, die in seiner klaren Orientierung auf Abschaffung und Aufhebung aller offenen und verschleierte Herrschaftsverhältnisse zum Ausdruck kommt, ist das, was er mit seinen Schriften betreibt, eine Gratwanderung zwischen kritischem Marxismus einerseits und Obskurantismus andererseits.

Walter G. Neumann:

Der Kommentar I. Die Ware und das Geld, 144 S., 33,90 DM

Der Kommentar II. Die Kritik der politischen Ökonomie, 256 S., 43,90 DM

Der Kommentar III. Methode, Geschichtsbegriff, Anthropologie, konkrete Utopie, 360 S., 54,90 DM
Verlag für die Gesellschaft: Hannover 1997/98

VERANSTALTUNG DES KRITISCHEN KREISES

Franz Schandl:
Zur Metakritik des Tauschs

Dienstag, 26. Jänner 1999, 19⁰⁰ Uhr

Amerlinghaus (Veranstaltungsraum)

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Neu : Krisis 20/21

Claus Peter Ortlieb: Bewusstlose
Objektivität • Ernst Lohoff: Zur
Dialektik von Mangel und Überfluss •
Roswitha Scholz: Die Verwilderung des
Patriarchats in der Postmoderne • Moishe
Postone: Dekonstruktion als Gesell-
schaftskritik • Robert Bösch: Über eine
Theorie des Mangels • Rezensionen •
Kommentare • Glossen • 24 DM

Krisis

beiträge zur kritik der warengesellschaft

Horlemann Verlag • Postfach 1307
53583 Bad Honnef • Fax 02224/5429

WEG UND ZIEL

Marxistische Zeitschrift

Unser Angebot zum Kennenlernen:
Das Probeabo - Sie erhalten die nächsten
3 Ausgaben kostenlos und unverbindlich
zugesandt.



Bestellung durch Postkarte oder Brief an
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste KEG
Schottengasse 3a/1/4/59
A-1010 Wien

Heft 4/98: FPÖ FESCH-PERFID-ÖLIG

erhältlich um 50,- S + Porto
Bestellungen
an nebenstehende Adresse

Streifzüge-Abonnenten aus der Bundesrepublik Deutschland

mögen ihre Abogebühr (DM 20, Euro 10) oder Spende bitte an folgendes Konto überweisen:
Franz Schandl, Postbank Nürnberg, Kontonummer 4059 52-854 (Bankleitzahl 760 100 85)

Streifzüge-Abo

Die weitere Zustellung der Streifzüge kann nur durch Einzahlung eines
Geldbetrages mittels des beiliegenden Zahlscheines sichergestellt wer-
den. Die Höhe dieses Betrages stellen wir Ihrer Großzügigkeit anheim.
Von dem eingezahlten Betrag gilt ein Teilbetrag von 100,- S als Streif-
züge-Abonnement, jeder darüber hinausgehende Betrag gilt als Spende
für die Streifzüge und für die Tätigkeit des Kritischen Kreises.

Zur Deckung der gesamten Kosten der Streifzüge sind wir auf die
Bereitschaft der Leserinnen und Leser angewiesen, nach ihren Mög-
lichkeiten auch höhere Beträge einzuzahlen.

P.b. - 312718W96U - Verlagspostamt 1050 Wien